Er scheint täglich außer Sonntags... Abonnementpreis für Berlin...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Periode...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4108.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 23. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die Arbeiterschule.

welche am 12. Januar dieses Jahres bei Lips, draussen im Friedrichshain, wo die Märtyrerdien ruhn...

Diese Animosität (Gehässigkeit) ist recht charakteristisch. Unsere Gegner werfen der Sozialdemokratie bekanntlich bei jeder Gelegenheit vor, sie wende sich nur an die „niederen Leidenschaften“ der Arbeiter...

Wenn es unseren Gegnern mit diesem Vorwurfe Ernst wäre, dann hätten sie sich doch über die Gründung einer Arbeiter-Bildungsanstalt freuen...

Das ist unseren Gegnern natürlich nicht eingefallen — sie schimpfen nun erst recht, und beweisen dadurch wieder einmal ihre gewissenlose Heuchelei und Verlogenheit.

Sie wußten von Anfang an, daß ihre Beschuldigung falsch war; und ihr Grimm über die deutsche Sozialdemokratie wäre nicht halb so arg, legten wir weniger Werth auf die Bildung der Arbeiter...

*) Der ungeheure Saal faßt mehr Menschen, als in unserem Bericht mitgeteilt war. Die Tische waren weggeräumt, so daß für über 5000 Personen Platz war...

Ein Artikel, betitelt: „Eine Hochschule für Arbeiter“, der durch die reaktionäre, namentlich die nationalliberale Presse läuft, besagt in seinem ersten Theile:

Einer der Führer der deutschen Sozialdemokraten, Herr Liebknecht, hat vor einigen Tagen in einer zahlreich besuchten Versammlung in der Brauerei Friedrichshain in Berlin die Gründung einer „Akademie“ für Arbeiter angeregt...

Liebknecht erklärt die Bildung, welche die Arbeiter in den Volks- und Mittelschulen erwerben, für ungenügend und für unzureichend, als Vorbereitung für die Aufrichtung des Zukunftsstaates...

Der Herr Liebknecht bekräftigt durch seinen Antrag und dessen Begründung die Wichtigkeit der durch das Verhalten der Sozialdemokratie bezugten Thatsache, daß diese Partei eine besondere Art des Wissens für sich in Anspruch nimmt...

Es dürfte schwer sein, in den gleichen Raum eine größere Masse von Unsinn und falschen Behauptungen zusammenzubringen. Bei der Albernheit, daß die Gründung der Arbeiterschule eine „Gegenmaßregel“ gegen die „preussische Schulreform“ sei...

Feuilleton.

nachdruck verboten.

[19

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Ja, nun war sie also unglücklich. Gottlob, daß sie Mama nicht dahin fand. Sie warf sich über das Bett hin und begrub das Gesicht in den Kissen...

Sinuwellen wie eine geknickte Lilie. Schon morgen würde sie viel blässer sein. Still und seltsam würde sie werden, so daß man sie nicht wieder erkennen konnte...

Nein, nie mehr auf Erden würde sie froh. Es würde ihr gehen wie der schönen Irene... unglückliche Liebe verzehrte sie in ihrer Jugend Zeit; niemand wußte was ihr fehlte...

„was ist Dir, Fanny? was ist's denn? nun will ich es wissen! Du mußt es mir sagen, Fanny! ja, Du mußt!“ — aber da würde sie mit stillem Lächeln antworten: „mögest Du glücklich sein, Emilie!“

Fanny lag eine ganze Weile im Bett und weinte; dann hörte sie ihre Mama im Vorzimmer; sie fuhr empor und wusch sich; den Bettel verbar sie unter ihrem Kopfkissen...

Sie fühlte Hunger und sah tüchtig zu Abend, und das ärgerte sie. Jedoch morgen, wenn ihr Schicksal besiegelt war, morgen würde sie nichts essen...

Mama fragte sie um das Theater und plötzlich ertappte sich Fanny, wie sie da saß und lachte und erzählte und munter war...

Sie ging früh in's Bett; sie hatte Kopfschmerzen.

„Wenn Du Dich nur nicht dort im Theater verläßt hast“, sagte Mama; natürlich begriff sie gar nichts davon. Fanny schmiegte sich in die Kissen; sie versuchte zu weinen...

Am nächsten Morgen erwachte sie voll guten Muthes. Der Bettel war der allererste Gedanke, der ihr einfiel; sie zog ihn hervor und öffnete ihn...

„Dich selbst! Dich selbst!“ O, dieser prächtige Bursch! Sie hüpfte aus dem Bett heraus, lachte, tanzte, rieb sich die Hände; mich selbst, mich selbst! Nein, wie lustig! Denkt Euch, verlobt! Und denkt Euch nur, mit ihm! — O Du mein, wie würden sie sie beneiden, Juleborg und Anna! Ja, denn wenn sie Dir einreden, sie werde William mit ihnen theilen, so irren sie sich! Natürlich würden sie nicht derartig mit ihm leben, pfui, nein! aber allein haben wollte sie ihn doch — o! Ach, wie angenehm sollte das werden! Sie jahre vor Glück und Seligkeit; sie war so froh, daß es sie förmlich kitzelte...

— Das wurde ein langer Tag. Die Schule war schrecklicher denn je; sie schaute sich so nach dem Mittagessen und

sich für den Emanzipationskampf zu stärken, — daß aber der Tempel der Wissenschaft und der Kunst dem Volk erst dann frei geöffnet sein werde, wenn es sich die politische Macht erobert.

Au eine „besondere Art des Wissens“ denken wir nicht. Wir wissen, daß es nur ein Wissen giebt; wir wissen aber auch, daß es ein verfälschtes Wissen giebt, mit welchem die Arbeiter abgepeist werden sollen, und daß das echte Wissen „Kaviar fürs Volk“ ist.

Die Herren Sybel, Treitschke und Konforten können uns Näheres über eine „besondere Art des Wissens“ erzählen.

Wir brauchen nicht zu sagen, daß es uns nie einfallen ist, zu behaupten oder zu meinen, jeder Arbeiter oder Sozialdemokrat sei „ausgestattet mit einer vollständigen Beherrschung der Volkswirtschaft und der Einsicht in die Aufgaben unserer Zeit“ und er werde mit solchen Kenntnissen „geboren“, nicht aber „allmählig dazu herangebildet.“

Was wir aber gesagt haben, und was wir wiederholen, das ist: unsere sozialdemokratischen Arbeiter wissen „in der Volkswirtschaft und in den Aufgaben unserer Zeit“ durchschnittlich weit besser Bescheid als die Herren Bourgeois, die sich in Deutschland durch eine haarsträubende Unwissenheit auszeichnen.

Die Arbeiter wissen auch, daß sie in diesen Dingen mehr wissen als die Herren Bourgeois. Allein sie wissen auch, daß sie noch lange nicht genug wissen. Und statt sich auf die faule Haut zu legen, wie die Herren Bourgeois, und das Heil von Oben zu erwarten, haben ihre 5000 am 12. Januar d. J. eine Arbeiterschule gegründet. Möge sie wachsen und blühen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Aus dem Reichstage. Den Mittelpunkt der heutigen Debatten über den Etat des Gesundheitsamtes bildete der Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, die Aufhebung der Verordnung vom 6. März 1883, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs, zu veranlassen. Der Antrag spaltete das Haus in die bekannnten Lager: die Großgrundbesitzer und Agrarier mit dem alten Motto der Interessenspolitik: „mein idealer Lebenszweck, verlaufe ich neuer Vorstehewieh und Schweinefleisch“, auf der anderen Seite die Vertreter der gesunden Ansicht: die notwendigen Lebensmittel dürfen nicht verteuert werden, die Verkehrsbeschränkungen müssen fallen. Die Regierung versuchte durch Herrn v. Bötticher zu befeuern, daß irgend eine agrarische Tendenz dem Verbot zu Grunde liege; nicht die Absicht, Großgrundbesitzer oder landwirtschaftliche Kreise zu begünstigen, sondern lediglich die Rücksicht darauf, daß die Deutschen nur gutes, gesundes Schweinefleisch zu essen bekämen, sei Mutter des Verbots. Dieser Versuch schlug glänzend fehl. In glücklicher Weise widerlegte zunächst der sozialdemokratische Abg. Schmidt (Mittweida) die Behauptung, daß das amerikanische Fleisch in ungesunder Weise zubereitet werde oder wirklich der Gesundheit des Menschen schädlich sei. In ruhiger, eindrucksvoller Weise legte Schmidt dar, daß lediglich im Interesse der Großgrundbesitzer und Viehzüchter das Einfuhrverbot erlassen wurde und daß durch dasselbe das unentbehrliche Lebensmittel auf für die Arbeiter kaum erschwingliche Preise getrieben wurde. Und da wagte noch „ein gewisser Professor Wiedermann“ in einer nationalliberalen Versammlung die Behauptung aufzustellen: der Arbeiter esse mehr Fleisch als die Bemittelten! Das gegenüber der furchtbaren Noth, mit der der Arbeiter den Kampf ums Dasein zu kämpfen hat. Schmidt streifte noch die verderblichen Wirkungen der Mac Kinley-Bill, wies darauf hin, daß die Großindustriellen in Mexiko-Glaucha u. s. w. sehr Petitionen fabrizieren, die nicht nur gegen ihren Willen die Arbeiter, nein, auch achtjährige Kinder zu unterzeichnen gezwungen werden. National nennen die Vertheurer der Lebensmittel

nach Freiheit, daß sie sich ganz krank fühlte. U, wie wunderbar, ihn nun zu treffen. Was würde er sagen; was würde er thun. Wenn nur keiner es merkte! Nimm an, daß er ihr ohne weiteres um den Hals fiel und sie küßte ... aber das wagte er natürlich nicht, so mitten auf der Schlittenbahn.

Schließlich wurde es dennoch Mittag. Fanny hoffte ihn auf dem Heimweg zu treffen, konnte ihn aber nirgends erblicken. Sie ging nach Hause und verschlang das Essen so schnell als möglich. Auf dem gewöhnlichen Stellbühnen-Platz, der nun in eine Schlittenbahn verwandelt war, befand sie sich als erste. Kurz darauf kamen Ingeborg und Anna. Arme Mädchen, sie begannen von William zu reden, verließ wie sonst. Wenn sie wüßten —!

Warum bist Du heute so still, Fanny? Magst Du ihn vielleicht nimmer? fragte Ingeborg.

„O doch, er ist ein lieber Bursche, aber —“

„Warum sagst Du „aber“, Fanny?“

„O wegen gar nichts. Ich habe William noch ebenso lieb wie sonst; aber von uns kriegt ihn eben keine!“

„Was —?“

„Was —?“

„Ich bin nun dahintergekommen.“

„Ja, wer ist es denn?“

„Ich will es Euch sagen: er hat eine schöne Kousine, die in das Rissen'sche Institut geht; sie ist's.“

„So!“

„Ah so! Nun ... im Grund genommen war das ja selbstverständlich. Oder nicht? — Gewiß. — Und übrigens, — unferwegen konnte er thun, was er wollte — „ja wohl!“ „ja freilich!“ — denn uns war es ziemlich einerlei, ... natürlich!“ „ja ja!“ Eigentlich war er ja nicht einmal so außerordentlich hübsch; es gab viele Knaben, die ebenso hübsch wie William Holter waren. Und daß er der Erste in seiner Klasse — ja, das war doch für ihn keine so große Sache, für ihn, der der Sohn des Feuilletons war; es befanden sich gewiß in der Klasse andere ebenso geschickte Bursche. Fanny half ihnen, William herabzusehen und bemitleidete und verachtete sie dabei in ihrem Herzen.

die Verfolgung ihrer Sonderinteressen. Die Gesamtheit kann durch diese der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Profitwuth nur Schaden leiden. Die Sonderinteressen-Politiker mögen der Aufzucht gemäß handeln, die der deutsche Kaiser an Herrn v. Stephan richtete, daß es nöthig sei, die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben. War es nach diesen Ausführungen des Abg. Schmidt noch nöthig, das Unberechtigte des Einfuhrverbots klarzulegen und nachzuweisen, daß durch dasselbe dem Volk die Fleischwaare vertheuert wird, so besorgte dies allerdings sehr wider seinen Willen der sächsische Agrarier Abg. Frege. Unter großer Heiterkeit legte er mit völligem Mangel zutreffender Gründe dar, daß die deutsche Landwirtschaft gegen die amerikanischen Schweine geschädigt werden müsse. Er wies dann auf den vermeintlich streng christlichen Standpunkt der sächsischen Konservativen hin, vermochte aber außer Konservativen niemanden zu überzeugen, daß die „göttliche Vergeltung“ in Verbindung mit dem Verbot der Fleischwaare und der Vertheuerung der Lebensmittel stehe. Als Frege sich von der Medientribüne entfernte und sich zu seinem Sitz zurückbegab, schloß er mit den Worten: Achilles mußte fallen — Thersites lehrte zurück — zu deutsch: Der Edle mußte fallen, der eigennützig Interessens verfolgende, hinterlistige Mensch lehrte zurück.

Nach einer zutreffenden Erwiderung des deutschfreisinnigen Brömel (Dfr.) der grausam genug war, die Ausführungen des sächsischen Agrariers Frege zu zerpfücken, betheuerte Minister v. Bötticher, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Lebensmittel zu verteuern oder die Großgrundbesitzer durch das Einfuhrverbot zu bereichern. Was ist denn aber anders die Folge des Einfuhrverbots? Der freikonservative Graf Kanitz bereitete dem Minister die Verlegenheit, seinerseits zu glauben, dargelegt zu haben, daß das Einfuhrverbot im Interesse der Landwirthe liege. Nun, darüber, daß die Kleinen Landwirthe gleichfalls durch die Vertheuerung der Lebensmittel schwer betroffen werden, ist nirgends ein Zweifel. Der Minister mag wohl aber bei sich gedacht haben: der Herr schäme mich vor meinen Freunden. Um 5 Uhr wurde dann die Staatsberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Nächsten Mittwoch soll im Reichstage die zweite Lesung des sogenannten **Arbeitersehng-Gesetzes** beginnen. Der Kommissionsbericht ist gestern veröffentlicht worden. Wir brauchen auf den umfangreichen Bericht nicht mehr zurückzukommen, da unser Blatt die ausführlichsten Referate über die Kommissionsberatungen gebracht hat.

Dem Beispiele Preußens folgend, gedunkt man nun auch in Bayern das Institut der **Fabrikinspektoren** auszubauen.

Die bayerische Regierung will die Erledigung der dem Reichstage vorliegenden Gewerbegesetz-Novelle abwarten und danach ihre Entschlüsse fassen, welche in Gestalt einer Vorlage den Landtag im nächsten Herbst beschäftigen werden.

Wichtig wäre es, wenn von Reichswegen in einheitlicher Weise die Reform der Fabrikinspektion vorgenommen würde. Zu einer Zeit, wo man die Nothwendigkeit internationaler Vereinbarungen in Bezug auf den Arbeiterschutz feierlich, wenn auch nur formell, anerkannt hat, in derselben Zeit überläßt man die Durchführung des nationalen Arbeiterschutzes den Partikularstaaten! Konsequenz ist eben nicht die stärkste Seite unserer Reichspolitik.

In der Budgetkommission des Reichstags erklärte heute der Kriegsminister, daß vorläufig in absehbarer Zeit keine **militärischen Forderungen** erhoben werden würden, abgesehen von solchen, die durch notwendige Reformen bedingt seien. Nun, dies wurde schon oft behauptet, und trotzdem wurden bald nachdem solche Behauptungen ausgesprochen wurden, die Millionen dazwischen gefordert. Uns fehlt die Leichtgläubigkeit solchen Krüppelungen gegenüber, deshalb werden wir nie enttäuscht.

Dem Bundesrath ist der Entwurf eines **Gesetzes über das Telegraphenwesen** nebst Begründung zur Verathung vorgelegt worden. Dasselbe hat den Zweck, das Telegraphenmonopol des Reiches auszubauen und zu sichern.

Ein vermutlich von Friedrichstruh aus inspirirter, angeblich von einem mitteldeutschen Staatsmann stammender Artikel der „Hamburger Nachrichten“ sieht in der Veröhnungs-

Aber es dauerte lang, bis er erschien. Er bereute es doch wohl nicht? Die Schlittenbahn war schon ziemlich voll, als er kam. Fanny wurde schrecklich verlegen. Sie wagte nicht ihn anzusehen und sie fühlte, daß auch er sie nicht ansah. Sie zitterte in Erwartung. Nun trat er wohl zu ihr, drückte ihr die Hand, blickte sie mit Wärme an, sagte etwas ... was er sagen würde? — Jedoch er trat nicht zu ihr. Er blieb ein Stück weit von ihr stehen und bot guten Abend. „Guten Abend!“ erwiderten Ingeborg und Anna kurz. — „Seid Ihr schon ... hier?“ fragte er. — „Aber freilich“, antwortete man. Fanny schielte nach ihm; er stand da und schaute nach den Anderen. Und die Anderen waren lustig. Sie lärmten und schrieen und die Schlitten flogen; die Bahn war fast gefährlich glatt und man glitt und rollte unter Heulen und Wachen dahin. William stand und starrte. Kein glühender Blick, kein verliebtes Lächeln, kein warmes Wort — er war nur verlegen. U, war sie enttäuscht! Am Ende that es ihm leid. Das würde sie wirklich unglücklich machen!

„Gute Bahn heute“, — „heute sind viele auf dem Hügel“, — das und Ähnliches war alles, was er sagte. Schließlich fragte er, ob Fanny seinen Schlitten möge. „Ich fahre heute Abend nicht“, sprach er. „Das war's, was ich sagen wollte“ — nun wendete er sich zu Fanny, — „ich wollte nur sagen, daß ich nun nicht mehr wie sonst mitspiele; denn jetzt, — jetzt muß ich — studiren und fleißig sein.“ — „Nun also adieu!“ sagte Ingeborg. — „Allo adieu!“ rief Anna. Fanny sagte nichts; sie begriff ihn nicht. Er stand ein wenig, als ob er auf Antwort warte: da keine kam, so ging er. Mit eigenthümlicher Betonung grüßte er hinauf; Fanny fühlte, daß es ihr galt — „also guten Abend!“ — „Guten Abend!“ sagte Fanny fast weinend. Er blieb halb stehen; aber ein schrilles „Guten Abend!“ von Ingeborg und Anna vertrieb ihn wieder. Langsam, mit zögerndem Schritt ging er hinab; den Schlitten zog er nach sich. Dann hielt er wieder — „magst Du den Schlitten nicht, Fanny?“ — „Danke, nein“, lautete die Antwort. Er zog wieder weiter, noch langsamer, noch unsicherer. — „Das war recht, Fanny!“ sagte Ingeborg; „wir können uns

politisch der Regierung anlässlich der **Sperre der Vorlage** und anderer Dinge ein besorgliches Eingeständniß der Schwäche. Trotz der Reformbereitschaft der Regierung fehlten in der Volksvertretung die Majoritätsverhältnisse, welche gleichmäßige Entscheidungen für die Zukunft sicherten. Der Artikel wünscht, es möge bald etwas geschehen, was das „alte Stärkegefühl und Vertrauen“ wieder belebe.

Wir begreifen den Schmerz des Herzogs von Lauenburg vollkommen. Er gleicht dem Schmerze des Baumeisters, der den Bau, mit dem der Auftraggeber nicht zufrieden sein kann, auf Abbruch verkauft.

Puttkamer hat das zweite Vizepräsidium des Herrenhauses abgelehnt. Das thut uns leid, er hätte so gut für diese Stelle gepaßt.

Die **Stempelsteuer-Scandal-Debatte** im preussischen Landtage verlief und endete wie alle derartigen Haupt- und Staatsaktionen um untergeordnete Fragen. Beide Theile haben Recht. Richter hat Recht, Miquel hat Recht und Ueius hat Recht — hat aber nachträglich die Stempelsteuer nachgeschaut. Ob Fürst Bismarck und die Anderen sein Beispiel nachahmen werden? Wie heißt es doch in der Bibel der praktischen Leute? „Nehmen ist seliger denn geben.“ In dem Pranger haben die Sünder aber dennoch gestanden und stehen noch dran. Es wird wohl Mancher, der ihnen gern nachgeahmt hätte, bei sich denken: eine hübsche und angenehme Position ist das nicht.

Und das ist der einzige Gewinn. —

Freiherr v. Lucius soll vor fünf Wochen dem Kaiser den Betrag des ihm erlassenen Fideikommissstempels zur Verfügung gestellt haben. Der Kaiser hat den Betrag für einen Kirchenbau in Berlin, angeblich für die Erinnerungskirche, bestimmt.

Nun erinnern wird man sich an die Stempelsteuer-Geschichte trotzdem. Uebrigens spricht die Rückzahlung der so teuer erworbenen 30 000 M. für die Macht der öffentlichen Meinung. Billeicht werden sehr auch die Butterwecken des Lucius'schen Rittergutes Balkhausen vollwichtig gebakten. Bis zur Stunde sind keine Meldungen von Rückzahlung der Stempelsteuer für Fürst Bismarck eingetroffen.

Herr **v. Cehlschlager**, der designirte Präsident des Reichsgerichts, hat vor seinem Eintritte ins Justizministerium den größten Theil seiner Amtslaufbahn im Dienste der Staatsanwaltschaft zurückgelegt, ähnlich Herrn von Tessenberg und anderen Reichsgerichts-Räthen. Es ist doch eigenthümlich, daß die Staatsanwälte für die geeignetsten Personen gehalten werden, das oberste Richteramt im Deutschen Reich auszuüben. Oder ist dies nicht eigenthümlich? —

Die Frage, ob das am 1. Oktober 1890 abgelassene **Sozialistengesetz** auch noch nach diesem Zeitpunkt zur Anwendung gelangen kann, ist von dem dritten Strafenat des Reichsgerichts im bejahenden Sinne entschieden worden.

Das ist recht heiter. Jetzt handelt es sich nur darum, diesen trefflichen Entschluß unseres Reichsgerichts gehörig auszunutzen. Könnte man nicht auch Vereine auf Grund von Handlungen, die vor dem 1. Oktober 1890 begangen wurden, auflösen, Zeitungen auf Grund von Artikeln aus jener Zeit verbieten? Puttkamer's Geist lebt noch im Reichsgerichte.

Was die „Kreuz-Zeitung“ wohl unter einem **Geisteskampf** verstehen mag? Sie setzt dieses gespenstische Wort über einen Leid- und Wehe-Artikel, den sie den armen unterdrückten Judenheimern widmet. Die zwei Thatfachen, welche das — überhaupt etwas hysterisch genordene — Junferblatt in melancholische Aufregung versetzt haben, sind allerdings für die Alimenten- und Wahrschwarz-Fraktion sehr betrübender Natur. Das Mandat eines heftigen Dep-Dep-Apostels ist, weil es ebensowenig in Ordnung war, wie die Ehrenschleife gewisser Kollegen, von der Kammer für ungültig erklärt worden; und außerdem soll der heftige Oberstaatsanwalt ein Mundschreiben an die Staatsanwaltschaft des Großherzogthums erlassen haben, in welchem die Anweisung erteilt wird, alle auf antisemitisches Treiben zurückzuführenden Beleidigungsklagen von Juden im „öffentlichen Interesse“ amtlich zu verfolgen. Dadurch — jammert die „Kreuz-Zeitung“ — sei für die Juden „eine Ausnahmestellung eingekläumt — aber nach oben.“ War's eine nach unten,

heute auch mit meinem Schlitten behelfen; brauchen ihn nicht anzubetteln. Daß ihn nur laufen, — diesen Wichtigthuer!

Ingeborg und Anna begannen über ihn zu schimpfen; Fanny blieb stumm. Es gab heute auf der Schlittenbahn keine Unterhaltung. Sie fuhren ein paar Mal hinab, dann glitt Anna aus und schlug sich an und hierauf gingen sie heim.

Später am Abend hielt sich Fanny so viel als möglich im Thormweg auf. Er mußte kommen, dankte ihr; er mußte ahnen, daß sie hier sei, und hier, wo es finster war, brauchte er nicht schlüpfen zu sein. Hui, was für ein Kloß er war! So ein Gerede, wie, daß er „fleißig sein müsse!“ Hatte man je dergleichen vernommen! — Ach nein, er wollte sie nur loskriegen! Er wollte lieber Ingeborg mit den hübschen Flechten. Die Zähne klapperten ihr im Munde vor Kälte und die Lippen verzogen sich vor unterdrücktem Weinen ... sie, die geglaubt hatte, nun werde alles gut sein. Ach, wie schrecklich, wenn er sie betrog!

Sie mußte eine Weile hinein, um Mama zu beruhigen; als sie wieder herauskam, laufend und voll Hergensangst, war er da.

„Om!“ machte er im Dunkel drin; ach, Gott sei Dank! — „Om!“ antwortete Fanny. — „Bist Du's?“ flüsterte er. — „Ja.“ — „Ich habe einen Brief für Dich ... wo bist Du?“ — „Hier.“ — „Ja.“ Sie tappten und fühlten sich bei den Händen. Er gab ihr den Brief, behielt aber ihre Hand. So standen sie eine Weile ganz still. Fanny schmolz hin in einem innigen, weichen Gefühl und wurde warm; ach, daß sie ewig so stehen bleiben könnten! — Ach, wenn er sie küßte —! — Da ging eine Thür. Er fuhr zusammen und ließ sie los. „Gute Nacht!“ flüsterte er. Ueber die Treppe herab ertönte Frau Holter's scharfe Stimme: „William!“ — Er hatte sich in den Hofraum geschlichen und that nun, als käme er von dort herein; — ja, Mama! — „Wo steckst Du denn? Der Thee wird kalt!“ — „Ich komme schon!“ — Sie hörte ihn die Treppe hinaufsteigen und er war verschwunden.

dann hätte die „Kreuzzeitung“ ihren Leid- und Wehe-
Artikel sicherlich nicht geschrieben. Nun — was das
ungültig erklärte Mandat betrifft, so können wir
ein Urtheil überhaupt nicht abgeben, da wir den näheren
Sachverhalt nicht kennen; was aber das Abschreiben des
heftigen Staatsanwalts angeht, so können wir der „Kreuz-
zeitung“ nur sagen, daß genau dieselbe Praxis, welche in
demselben anempfohlen wird, seit Jahrzehnten Oppositions-
parteien gegenüber in Kraft steht, ohne daß es der
„Kreuzzeitung“ je eingefallen wäre, das unrecht zu
finden. Wir billigen diese Praxis nicht, unter der wir
schon sehr schwer leiden müssen, wir billigen sie auch
nicht, wenn sie sich gegen Antisemiten wendet. Allein
die Herren Antisemiten misstrauen der „Kreuzzeitung“ haben
kein Recht, eine Praxis, die sie Jahrzehnte lang gebilligt
haben, auf einmal deshalb zu verdammen, weil ihnen das
Schwert, mit dem sie Andere so lange geschlagen haben, jetzt
die Finger zerschneidet.

Aber wie dem auch sei, weder die Kaffung des Juden-
bezer-Mandats noch das Abschreiben an die heftigen
Staatsanwälte ist ein „Geisterkampf“. Wo in aller Welt mag
der „Geisterkampf“ der „Kreuzzeitung“ stehen? Doch — ja, da
haben wir ihn. Der Geisterkampf muß unter dem Druck
der fürchterlichen Verfolgungs-Mera, die für die armen un-
schuldigen littenreinen Judenbay-Kammergeschwänzen ursäch-
lich angebrochen ist, entsetzt und organisiert werden. Und
bären wir nun, wie die „Kreuzzeitung“ sich den Geister-
kampf denkt:

— — — Wenn heute jede Beleidigung eines Juden als
„öffentliche Interesse“ behandelt wird, so kann es kaum aus-
bleiben, daß die Christen, die sich dieses Vorzugs ihrerseits nicht
rühmen dürfen, im Verkehr mit den geschätzten „Mitbürgern“
noch vorzichtiger werden als bisher. Die Grotterung gegen den
„Jedrehab“, wie sich der Abg. Siebermann v. Sonnenberg (er
gehört wohl zum „Nährstande“? Red. d. B.) jüngst sehr treffend
ausgedrückt hat, muß und wird aber wachsen; und nicht nur
das: sie wird auch Formen des Ausdrucks finden, die dem
Staatsanwalt unfaßbar sind. In Berlin ist es schon längst so
weit, daß das Wort Jude gar nicht mehr vorzukommen braucht; die Leute
verziehen sich d. h. m. o. i. Eine Handbewegung,
ein bloßes Augenwinkeln schon genügt. Diese
besondere Art von „Freimaurerei“ aber wird sich
überall einbürgern, wo die Umstände es mit sich bringen.
Je mehr sich die Bewegung aber von der Oberfläche zurückzieht,
um so tiefer wird sie werden. So lange die Juden in den
Kassenschälern gepöbeln oder ihnen die Fenster eingeschlagen
werden, hatten sie als Gesamtheit nichts zu befürchten, weil
Ausschreitungen dieser Art auf die gebildeten, leitenden Elemente
der Gesellschaft abweisend wirkten, statt anzuziehen. Wenn
aber ausreicht, daß der Redner einen prägnanten Blick
auf seine Zuhörer wirft, allenfalls ein
tölpel: ich denke, wir sind unter uns —
dovvilschen ruft — wenn es so weit ist, dann ist es eben das,
was es die „Philosophen“ nicht haben wollen. Und sie mögen
sich darauf verlassen: vielfach ist es schon an dem.

Das freut uns ja recht sehr. Genug — wir wissen
sehr, daß die „Kreuzzeitung“ dem Staatsanwalt ein
Schnippchen schlagen will. Und wir wissen weiter, wie
nach den Begriffen der „Kreuzzeitung“ ein „Geisterkampf“
ausieht. An die Stelle der „Kloppgeister“ werden die
„winkenden“ Geister treten. Aufgepaßt! Der Fälschung
ist nah!

In unserer Nummer vom 21. d. Mts. stand eine Notiz
über den **Antisemitenführer** Born, welche einige Un-
richtigkeiten enthält, die wir berichtigen müssen. Der
pp. Born ist nicht mehr Besitzer des antisemitischen
Leipziger „Tagesanzeiger“, er hat seine Arbeiter nicht um
900, sondern um 700 M. Lohn betrogen. Soweit haben wir die
Notiz zu berichtigen, wir haben sie aber auch zu er-
gänzen. Ehren-Born ist wegen Wechseltäuschungen im Be-
trage von 11 000 M. und wegen Sittlichkeitsvergehen ge-
fänglich eingezogen. Eine nette Bande!

Eine **Schmach** ist es, schreibt der im Schimpfwörter-
Verikon wohl bewanderte Herr Eugen Richter, wenn die
Sozialdemokratie auf Baumbach mit Steinen wirft, auf
einen Mann, den Hoch und Niedrig mit Schmerz aus dem
Sonneberger Kreise scheiden sieht. Gut gedrückt! Natürlich
ist die Begründung dieser Sätze des Irrelehrenmannes
vollaus würdig. Herr Richter ärgert sich weiblich
darüber, daß wir über die Stimmung, wenn auch
nicht der „hohen“, sondern „nur der niedrigen Schichten“
im Kreise des Herrn Baumbach wahrheitsgemäß berichtet

Jenny barg ihren Brief in der Tasche und ging
hinein. Diese langweilige Frau Holter! Uebrigens hätte
er es gut thun können, ehe diese kam. . . . Im
Zimmer drinnen begann auch ihre Mama zu schelten:
„Was siehst Du denn den ganzen Abend herum? Man
sollte glauben, es brennten Dir die Haare auf dem Kopf;
nicht einem Moment siehst Du still. Scheint Dir Dein
Kleid vielleicht zu gut? Willst Du nur schauen, es schnell
zu Grunde zu richten? Freilich, mit so etwas nimmt man
es nicht so genau; es ist ja die Mama, die ein neues her-
schaffen muß. . . . Ich möchte nur wissen, wo Du die Zeit
findest, Deine Lektionen zu lernen?“

Mit dem Brief mußte sie bis morgen warten. Sie
hatte anfangs daran gedacht, sich nach zu halten, bis Mama
einschlief, dann ein Licht anzuzünden und ihn da zu lesen.
Allein sie schlief vor Mama ein. Williams weiche warme
Hand glühte in der ihrigen und machte sie glücklich und
froh; sie wußte von nichts, bis man sie aufwachte, um in
die Schule zu gehen.

Auf dem Wege dahin, in einem Hausvor, las sie den
Brief. Derselbe war lieb.

Er sei der glücklichste Mensch auf Erden, schrieb er.
Und sein einziger Wunsch sei, sobald wie möglich mit ihr,
der Königin seines Herzens, vereint zu werden. Darum
wolle er nicht mehr hinaus und am Nachmittag spielen. Er
wolle lernen und arbeiten. Tag und Nacht wolle er ar-
beiten, damit er nur recht tüchtig und nur recht schnell fertig
werde; sonst müßten sie so schrecklich lang warten. Es
war ihm ein großer Schmerz, daß er nicht mehr so viel
mit ihr bestimmen und nicht so oft ihr Cavalier sein
könne, als er sollte und wollte; aber sie müsse bedenken,
warum er es thue und in ihrer Liebe verharren. Denn er
arbeite bloß für sie und da sei es angenehm zu arbeiten.
Und sobald er seine Prüfungen gemacht habe, würden sie
ich verloben und heirathen und da würden sie für immer
einsam sein und er würde sie sein ganzes Lebenlang auf
sein Händen tragen.

(Fortsetzung folgt.)

haben und daß wir die Abschiedsrede des freisinnigen Land-
rathes auf Grund der statistischen Erhebungen in seinem
Bezirke kritisiert haben. Letzteres ärgert den Irrelehrenmann
gewaltig, doch er ist im Widerlegen recht flink und beweist
uns, freilich nur „freisinnig“, daß wir im Unrechte sind.
Er behauptet, daß wir lägen, wenn wir von Lohnsklaverei
im Meininger Oberlande sprächen, denn gerade „dort
trete jeder einzelne kleine Mann selbständig auf
und habe sein Schicksal selbst in der Hand. Diese
Hausindustriellen seien frei und unabhängig
und seien nur infolge der wirtschaftlichen Miß-
griffe der Reichs- und Landesregierung in ihren Erwerbs-
verhältnissen stark geschädigt worden.“ So viele Worte,
so viel Unverstand. Herr Richter ist in den simplen Fragen
der Gewerbepolitik unserer Zeit nicht mehr bewandert, wie
in denen des Zukunftsstaates. Er beweist dies, wenn
er von Freiheit und Unabhängigkeit der Hausindustriellen
spricht. Jeder Kenner dieser Verhältnisse, wir nennen
mit Absicht nur bürgerliche Autoritäten, so Engel,
Thun, Sax, Schwarz, Singer, Lange, weiß, daß die öko-
nomische Abhängigkeit der Hausindustriellen größer ist als die
der Fabrikarbeiter. Als unverwundlicher Manchestermann
erweist sich Herr Richter, wenn er den Maßnahmen der
Landes- und Reichsverwaltung einzig die Schuld an der
elenden Lage der Hausindustriellen des Meininger Ober-
landes zuschiebt. Wir sind sicherlich keine Freunde unserer
Regierung, weder der verflorenen noch der jetzigen, aber so
blind sind wir doch nicht in unserer Opposition, daß wir
der Regierung allein die Schuld für alle Mißstände zuschieben
wollten. Dies wäre aber auch mehr denn thöricht. Stärker
als die Regierung, stärker als der Wille der Majoritäts-
partei ist die wirtschaftliche Entwicklung und auf diese
ist das Gland in dem ehemaligen Amtsbezirke Baumbach's
zurückzuführen. Dieses Gland konnte aber gelindert werden
durch geeignete sozialpolitische Maßregeln, deren Gegner eben
der „berühmte“ Baumbach war. Herr Richter zeigt sich bei
dieser Gelegenheit auch als hervorragender Kenner unserer
wissenschaftlichen Literatur. Er spricht von einer schlechten
Brotschüre von Emanuel Sax. Vielleicht veranlaßt ihn
unsere Notiz, sich diese „schlechte Brotschüre“ auf
der Reichstags-Bibliothek anzusehen. Er wird dann
vielleicht doch finden, daß er als schlechte Brotschüre ein streng
wissenschaftliches Werk bezeichnet hat, welches von allen
Fachleuten als eines der hervorragendsten Werke der be-
schreibenden Nationalökonomie anerkannt wird. Da Herr
Eugen Richter von dem Werke, das er als schlechte Brotschüre
bezeichnet, sicherlich keine Ahnung hat, so wollen wir ihm
den Titel derselben nennen. Es handelt sich um das Werk
von Professor Dr. Emanuel Hans Sax: Die Haus-
industrie in Thüringen. 3 Abtheilungen, Jena, Gustav
Fischer 1882 ff. Wenn Herr Eugen Richter dieses
Buch studiren würde und aus dem Bannkreise seiner
manchesterlichen Irrelehren herauskönnte, müßte er
selbst zugestehen, daß wir kein Wort von dem, was wir
geschrieben haben, zurücknehmen können. Nebenbei sei auf
die unständliche Manier der „Freisinnigen Zeitung“ hin-
gewiesen, welche alles, was unser Blatt bringt, als persön-
lichen Meinungsaustruck des Chefredakteurs behandelt. Dazu
hat man der „Freisinnigen Zeitung“, aber nicht unserem
Blatte gegenüber Veranlassung. So sind die Herren Baum-
bach betreffenden Angriffe nicht aus der Feder des Abge-
ordneten Liebknecht geflossen.

Die Wahrheit lohrt sich doch durch. Und wenn der
Pops noch so lang ist, schließlich muß er der Scheere ver-
fallen. Mit welcher Hartnäckigkeit sträubt sich der Eisen-
bahnops gegen den **Zonentarif**? „Gründe“ hat er
nicht. „Ich will es nicht — ich, der Pops, und weil ich
der Pops bin, will ich es nicht!“ — Das ist der einzige
Grund. Aber die Thatsachen sprechen zu laut. Die
Einnahmen der ungarischen Staatsbahnen steigern sich fort-
während, und nun hat die belgische Regierung „im
Prinzip“ den Zonentarif beschlossen. Auch John Bull
denkt daran, den Eisenbahnops abzuschneiden. Und wenn
alle anderen Mißpöke die Prozedur glücklich überstanden
haben, wird wohl auch Deutschland zur Scheere greifen.
Man darf sich nicht übereilen, wenn man „an der Spitze der
Zivilisation marschiren“ will.

Die **französische Regierung** hat außer den zwei
Millionen Franks, die für die Nothleidenden aus-
gesehen worden sind, noch vier Millionen an die Land-
gemeinden für den gleichen Zweck auszugeben beschlossen.
Die zwei Millionen sind ausschließlich für die Städte
bestimmt. Kammer und Senat haben einstimmig ihre Zu-
stimmung erteilt. Gleichzeitig hat der Gemeinderath von
Paris, auf Antrag unseres Genossen Vaillant, die
Summe für die Speisung der Schulkinder in den Schulen
von 600 000 auf 800 000 Frks. erhöht.

O, diese „wilden“ Franzosen! Und Deutschland?
Und Berlin!

Im Unterhause meldete Parnell ein Tadelvotum
wegen der Handhabung der **Ausnahmegesetze in Irland** an.

In die Große Oper zu Paris wird nächstens die
Wagner'sche **Zukunftsmusik** siegreich einzuziehen. Da wir uns
sonst weder mit Zukunftsmusik noch anderer Musik abzugeben
pflegen, sei bemerkt, daß es sich hier um eine politische
Nachricht handelt. Wagner, der allerdings weiland in
bornirt chauvinistischer Weise über Frankreich und die Fran-
zosen geschimpft hatte, war deshalb von den ebenso bornirten
französischen Chauvinisten in Acht und Bann gethan worden.
Nun — Wagner ist todt, und der gesunde Menschenver-
stand der Franzosen hat über den Chauvinismus gesehlt.

Das **brasilianische Verfassungswerk** ist beendet.
Die jüngste Republik kann als konstituirte gelten. Ein
Telegramm aus Rio de Janeiro vom 21. Januar meldet:

Die konstituirende Versammlung nahm in erster Lesung
den Verfassungsentwurf mit einigen Aenderungen an, beschloß
gleichzeitig aber ein Tadelvotum gegen die provisorische Re-
gierung wegen gewisser Maßnahmen derselben. Infolge dieses
Votums überandten der Minister des Innern und der Handels-
minister dem Präsidenten der Republik ihre Entlassungsgesuche,
über deren Annahme sich der Präsident jedoch noch nicht
schlüssig gemacht hat. Inzwischen werden die beiden Minister
die Geschäfte weiter führen.

Nach weiteren Meldungen hätte das Kabinett sich sol-
darisch erklärt und seine Gesamtmündigkeit gegeben. — Ein
später eingetroffenes Telegramm des Meuter'schen Bureaus
meldet:

Die Demission des Gesamt-Kabinetts wurde durch
Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten da Fonseca in
Bezug eines Hafenprojekts herbeigeführt. Fonseca besteht

darauf, daß die Zinsen für die Kosten dieser Unternehmung
garantirt werden. Eine weitere Ursache der Krise ist die Ab-
lehnung des Verfassungsartikels, durch welchen die Geset-
mächtigkeit aller Handlungen der provisorischen Regierung seitens
des Kongresses ausgesprochen werden sollte. —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in
ihrer gestrigen Sitzung beim Reichstag zu beantragen, die Wahl
des Abgeordneten v. Bredow (1. Merseburg) für gültig zu erklären.
Nächste Sitzung der Kommission findet morgen statt und steht
u. a. die Wahl des Abgeordneten Witte (Sonneberg) zur Prüfung.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Neubrandenburg, 21. Jan. Am Sonntag, den 18. Jan.,
sahen hier zwei Versammlungen statt. Die erste war von frei-
sinniger Seite einberufen, es referirte Herr Erbpächter
Salchow, der einen langen geschichtlichen Vortrag hielt, den
Arbeiterschuh auf die Initiative des Freisinnigen zurückführte (!)
und sich im übrigen fast nur an die bauerlichen Besitzer wendete;
der Vortrag machte wenig Eindruck. Dem Referenten trat der
gerade anwesende Dr. Lützgen aus Berlin entgegen, wider-
legte ihn in vielen Stellen und wendete sich der Reihe nach an
die Industrie-Arbeiter, Kleinhandwerker und ländlichen Arbeiter;
er erntete lebhaften Beifall. Unter anderem hatte er an-
geführt, daß die Behauptung von einer freisinnigen
Initiative beim Arbeiterschuh der Wahrheit vollständig
ins Gesicht schlage. Hierauf meinte Herr Salchow, eine
neue, von ihm näher dargelegte Vorrichtung bei der
Nähsel-Schneidemaschine bezwecke den Schutz der landwirtschaft-
lichen Arbeiter. Unser Redner bemerkte zu dieser komischen Replik:
Das gehört zur Unfallverhütung und ist nicht Arbeiterschuh, son-
dern Unternehmerschuh. Es traten noch drei oder vier freisinnige
Redner auf, welche ihre Partei arg blamirten. Abends sprach in
einem anderen lokale Dr. Lützgen über „Das Reich'sche Mittel
und die Krankheit der Arbeiter“. An der Debatte nahm auch
Herr Salchow Theil. In beiden Versammlungen war der
Erfolg ungewisshaft auf unserer Seite. Dem neugegründeten
Arbeiterverein traten an diesem Abend 39 Mitglieder
bei. Noch bemerkenswerther verlief am Montag Abend eine
von uns einberufene Versammlung in Friedland. Da in Friedland
das letzte Mal nur 11 sozialdemokratische Stimmen abgegeben
wurden, so erwarteten wir, daß in der Versammlung überwiegend
Gegner erscheinen würden. Als eine halbe Stunde vor der fest-
gesetzten Zeit Referent und Einberufer den Saal betraten, füllten
denselben etwa 300 Arbeiter, die größtentheils 1 bis 2 Stunden
weit hergekommen waren, weil sie gehört hatten, daß eine Ar-
beiterversammlung stattfinden würde; die meisten nahmen zum ersten Mal
an einer Versammlung Theil. Trotzdem fand schon eine lebhaft
Debatte statt, in der u. a. die Schädigung der land-
wirtschaftlichen Arbeiter durch den Getreide-
zoll konstairt wurde, da der in Naturalien bestehende Lohn
gerade bei den durch den Zoll bewirkten hohen Preisen am
liebsten von den Gutsbesitzern gefürzt wird. Die landwirtschaft-
lichen Arbeiter sind durch den Zoll noch schlechter daran, als die
Käufer. In Friedland traten 67 Personen dem neuen Arbeiter-
verein bei.

Halle, 22. Januar. Der Redakteur des sozialistischen Halle-
schen Volksblattes, Genosse Jüge, wurde heute vom hiesigen
Landgericht wegen Aufreizung zum Klassenhass zu einem Jahre
Gefängnis verurtheilt.

Königsberg i. Pr., den 21. Januar. Auch unser Ort hat
nunmehr seinen Prozeß wegen „Zurverbindungstreten politischer
Vereine“ auf Grund des famosen preussischen Vereinsgesetzes
gehabt. Dieses schwere Verbrechen waren 17 Maurer und Zimmerer
(Maurer Bär, Zimmerer Görlke etc.) angeklagt und hatten sich dieselben
am 19. Januar ex. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verant-
worten. Obwohl der Staatsanwalt selbst das „Zurverbindung-
treten“ als ein „harmloses“ bezeichnete und demgemäß den An-
trag stellte, nur auf eine Geldstrafe von 30 M. zu erkennen, so
konnte derselbe es doch nicht unterlassen, trotz der Harmlosigkeit
der ganzen Sache die Schlichtung der in Frage kommenden
Fachvereine zu verlangen.

Das Gericht lehnte dies jedoch ab, indem es der Meinung
war, daß der schwere Frevel der Angeklagten mit einer Geld-
strafe, welche es in Höhe von 15 M. gegen jeden derselben fest-
setzte, in ausreichender Weise geahndet sei.

Zur Erweiterung der Genossen im Reiche bemerke ich schließ-
lich, daß nach der Ankündigung des „Zurverbindungstretens“ u. a.
auch dadurch als bewirkt anzusehen sei, daß die Maurer, welche
behufs Sittelung der von ihnen angekauften Bahne einen
Feitzug durch die Stadt nach einem vor den Thoren be-
legenen Garten-Etablissement veranstalteten, an die Zim-
merer einen Brief gerichtet hatten, welcher die allerdings
höchst staatsgefährliche Einladung zur Theilnahme an den
ebenfalls höchst staatsgefährlichen Unzuge enthielt. — Wir
segeln jetzt eben lustig im „neuen Kurs“.

Frankfurt a. M. Unser Blatt vom 22. d. M. enthält zwei
nach Schluss der Redaktion eingetroffene sich widersprechende
Nachrichten über die Beurtheilung unseres Genossen, des
Redakteurs Hoch. Die Nachricht des Wolff'schen Bureau's, wonach
Genosse G. Hoch zu 6 Wochen verurtheilt wurde, ist die
richtige.

Mainz, 21. Januar. Genosse Sprenger, Redakteur der
hiesigen „Volkszeitung“, wurde wegen Majestätsbeleidigung und
Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen heute zu 4 Monaten
Gefängnis verurtheilt.

Mainz, 21. Jan., Abds. Die heute Abend von Arbeit-
losen einberufene Versammlung war zahlreich besucht. Der
Reichstags-Abgeordnete Jöpp, andere Genossen und Arbeitslose
sprachen. Eine Resolution, von der Gemeinde keine Almosen,
aber Arbeit zu verlangen, wurde einstimmig angenommen.

Soziale Ueberblick.

Achtung! Mitglieder eingefärbener Hirschen!
Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche trotz aller
Sozialreformen seit vielen Jahren nicht von der Bildfläche ver-
schwinden wollen, haben Veranlassung gegeben, daß sich die Be-
strebungen fast aller Gemeinschaften, ja fast jedes einzelnen
Menschen darauf konzentriren, mit zu helfen, mit zu wirken
rathen und zu thaten an dem großen Werk der Erlösung. Aber
wie es mit der Saat des Landmannes geht, eine große Zahl der
Aerener geht nicht auf, weil sie nicht reif gewesen, ein
großer Theil des Samens wird zertriten, nur der kleinste
Rest fällt auf gut Land, sprießt empor, blüht und gedeiht,
so ist es auch hier. Deshalb ist es nothwendig, daß recht
oft und recht viel gesät wird, damit endlich die langersehnte
Ernte der Wohlfahrt und Gerechtigkeit in die Schenken gebracht
werden kann.

So hat sich im Frühjahr des Jahres 1880 eine An-
zahl werththätiger Männer zusammen gethan, welche lange schon

die trostlosen Zustände in kranken Familien u. s. w. beobachtet hatten, — welche längst gesehen, wie schwer es dem gewissenhaften Familienvater wurde, wenn eine Krankheit sich in seiner Familie einstellte, — allen den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Krankheit an ihn stellte!

Ja — sagen unsere Philister, es giebt doch so viel Gelegenheit, sich mitfamiliär gegen Krankheit zu versichern, thut es nun der Familienvater nicht, so trifft ihn die Schuld und seine Familie!

Nur gemacht, Ihr weisen Herren, mit Euren tiefdurchdachten Vorschlägen: wir behaupten, daß die Schuld nicht an ihm und seinen Kindern, sondern an den heutigen, unsäglich traurigen Verhältnissen liegt, denen die gesammte Arbeiterschaft unterworfen ist! Wo sind die Einkünfte des Arbeiters, die demselben noch gestattet, außer dem nothwendigsten Unterhalt für sich und die Seinen, außer den regelmäßigen Steuerabgaben, außer den obligatorischen Beiträgen zur Zwangs-Kassenversicherung, der Invaliden- und Altersversorgung, auch noch die Krankheitsversicherung der Familie bezahlen zu können? Ist nicht längst erst konstatiert worden, daß Berlin circa 72 000 arbeitslose Arbeiter in sich birgt!

Wie sieht es da mit dem Versichern? —
Deshalb traten obige Männer mit den Vorständen freier eingeschriebener Hilfskassen zusammen, bildeten eine Kommission, vereinbarten mit ca. 100 prakt. Ärzten in allen Stadtbezirken Berlins mäßige (halbe) Honorarsätze und stellten dieselben den Mitgliedern aller zur Kommission gehörigen freien eingeschriebenen Hilfskassen (ungefähr 45) und deren Familienangehörigen zur Verfügung. Ein großer, ein wichtiger Schritt war damit gethan; ohne jeden Beitrag wurde nicht nur den Mitgliedern freier eingeschriebener Kassen und deren Familienangehörigen Gelegenheit gegeben, den Arzt nach freiem Ermessen zu wählen, sondern auch

für mäßiges Honorar (im Hause des Arztes 0,50 M., in der Wohnung des Patienten 1 M.) den gewünschten Arzt in Anspruch nehmen zu können.

Aber Vorwärts! War auch hier die Lösung; nicht nur die Arztfrage, sondern alle, mit den Krankheiten zusammenhängenden Fragen, als da sind: Apotheker-, Badeanstalten- und Bandagistenfragen — mußten geregelt werden und wurden in einem Verkaufspreis von 5 M. bedingten, nun bei gleicher Qualität für den Preis von 2,50 M. abgegeben werden; ferner gewährten Badeanstalten einen Rabatt von 33% pSt.; desgleichen sind Massagekuren, Brillen und sonstige Heilmittel zu ermäßigten Honorarätzen resp. Preisen vereinbart worden. Eine der wichtigsten Fragen, welche sich anfänglich nicht regeln lassen wollte, die Apothekerfrage, hat denn auch nach langen Verhandlungen endlich eine Lösung gefunden, die zwar (wie alle anderen hier besprochenen Lösungen) nicht das Ende für alle Zeiten, aber doch ein Anfang ist. Mit den Apothekenbesitzern Berlins und Umgegend ist ein Vertrag abgeschlossen worden.

Also auch hier ist ohne jeden Beitrag, nicht nur für die Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen, sondern auch für deren Familienangehörige gesorgt worden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht aller Vorstände resp. Ortsverwaltungen eingeschriebener Hilfskassen, dieser Kommission beizutreten, damit das Fehlende ergänzt, das etwa unbrauchbar Vorhandene ausgemerzt wird. Alles Persönliche hat zurückzutreten im Interesse der Allgemeinheit; sollten dennoch wider Erwarten, einzelne Vorstände es nicht für angezeigt halten, der Kommission beizutreten, dann geht unser Ruf ebenso dringend an die Mitglieder solcher Kassen, energisch von diesen Vorständen und Verwaltungen zu fordern und fest darauf zu dringen, daß der Anschluß an die Kommission ungesäumt erfolge. Zu diesem Zwecke beruft die

Kommission zum Dienstag, den 27. Januar cr., bei Schaffer, Jusefstr. 10 eine öffentliche Versammlung ein, um Jedem Gelegenheit zu geben, Einsicht zu erhalten in diese, für sämtliche Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen so hochwichtigen Angelegenheit. Mit Graß die Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen zu Berlin und Umgegend.

An alle Stein-, Gips-, Eisen-, Holz-, Bildhauer und Modellleur Berlin. In der nächsten Woche werden in allen Werkstätten, die uns bekannt sind, Fragebogen abgegeben, und zwar zur Aufnahme einer Statistik. Die Fragebogen sind auf beiden Seiten bedruckt, und es ist leicht, bei einiger Aufmerksamkeit dieselben genau auszufüllen. Wir weisen besonders auf die auf der zweiten Seite sich befindende Rubrik hin, welche links durch das Wort „Muster“ gekennzeichnet ist, und bitten Alle, genau nach diesem Muster zu verfahren. Wir hoffen, daß sämtliche Bildhauer, welche einen solchen Bogen erhalten, denselben, um ein einheitliches Bild zu bekommen, am 2. Februar auszufüllen und an den Ueberbringer — welcher die Bogen bis zum 7. Februar wieder abzuholen hat — zurückgeben. Für die Stein- und Gipsbildhauer sowie Modellleur, haben deren Vereine den Vertrieb übernommen. Diese Statistik soll den Grundriss zu einer zu gründenden Arbeitslosen-Unterstützungs-Kasse geben. Wer einen Einblick hat, wie Noth und Elend namentlich in diesem Winter überall ihren Einzug gehalten haben, der wird diesem Unternehmen nichts in den Weg legen. Diesen Appell möchten wir besonders an die Herren Prinzipale richten, damit sie dem Ueberbringer der Fragebogen nicht den Zutritt verweigern.

Diejenigen Bildhauer, welche am 2. Februar arbeitslos sind, werden an diesem Tage zu einer Zusammenkunft eingeladen werden. Näheres durch Annonce.

Theater.

Freitag den 23. Januar.
Opernhaus. Der Prophet.
Schauspielhaus. Ein Schritt vom Wege.
Festung-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Das Fräulein von Scuderi.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Friedrich-Wilhelmshändl. Theater. Die Gondoliere.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Residenz-Theater. Der selige Loupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sallealliance-Theater. Die Nachbarinnen.
Ostend-Theater. Ein berühmter Mann.
Adolph Ernst-Theater. Unserer Don Juans.
Thomas-Theater. Drei Paar Schuhe.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Walzerfängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangs-Komiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Neger-Excentric.
Gebr. Willmo, musikalische Clowns. Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
Direktion A. Rodmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Anschank von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 F. Müller.

Bratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanzleben.
Wochentags: Frei-Concert.
Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 F. Sodtke.

Passage-Panopticum.

100 neue Gruppen und Figuren. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée 50 Pfennig. Geöffnet v. 10 Uhr Vorm. b. 11 U. Ab.
Der große Saal in Dohren-Schönhausen steht zu jeder Versammlung und Festlichkeit zur freien Verfügung.
L. Jaenicke, „Zum Paradies“.

Circus Renz.

Karlstraße.
Heute, Freitag, den 23. Januar, Abends 7 Uhr:

Komiker - Vorstellung.

Auftreten der Clowns G. Godlewsky, Francois, Gebr. Dianta und Barne, Herrmann, 3 Gebr. Briatore, Gebr. Walton, Paul und William, Misco etc. in ihren höchst komischen Entrees und Intermezzen.
Außerdem: Großes Hurdle-Rennen, geritten von Damen und Herren mit 24 Vollblut- u. Springpferden. Negro, Kapphengst, geritten von Hrn. Vidal, Hr. B. Hillis, Voltigeur à la Richard.
Auftreten der Künstler-Spezialitäten Hr. J. F. Clarke und Rodgers, Miss Lillie Meers, Jockeyreiterin ersten Ranges. Riffer, geritten von Herrn Gaberel. Der Galos Hr. William mit seinen 4 dreifürten Pferden. Auftreten der Parforce-Reiterin Mlle. Adèle.
Zum Schluss der Vorstellung:
Leben u. Treiben auf dem Eise.
Großes Ausstattungsspiel in 4 Tableaux, neu arrangiert und inszeniert vom Direktor G. Reng.
Sonabend Vorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen.

E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung

mit neuem, vorzüglich gewähltem Programm.
Auftreten der neugagierten musikalischen Clowns Gebr. Bernants, sowie der Reitskünstlerin Miss Taylor.
Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserphantomime.
Sonabend, den 24. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung

mit neuem Programm.
Sonntag, 2 Vorstellungen, um 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen

Circus unter Wasser.

mit neuem Programm.

Große Vorstellung

mit neuem Programm.

Circus unter Wasser.

mit neuem Programm.

Unserem Kollegen Robert Fieder, genannt die Sachmütel, ein 30 Mal donnersdes Hoch! daß ihm die Haare zu Berge stehen.

Unserem Freunde und Genossen, dem Tischler **Albert Trebsch** zum heutigen Wiegensfest ein donnersdes Hoch!
Die Rothen von Heinrich's u. A. S. N. S. M. W. S.
Am! det dunkle vont Jast. 163 J

M. W. Walter.

Gegründet 1818.
Fernsprech-Amt 9. 9886.
Zeughofstraße 3.
Verandgeschäft für Mehl u. Hülsenfrüchte. Aufträge von 3 M. an frei Haus oder Bahnhof. 884

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spanbauverbrücker 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauverbr. 6, am Fackel'schen Markt. [746

Matthie's

elegante Masken-Garderobe, Pringensstraße 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg. sowie komischen Kostüme zu soliden Preisen. Zu Aufführungen für Vereine Kostüme zu billigen Preisen.

Teppiche billig!

Wegen Auflösung d. Fabrik **Leipzigerstraße 33.**
Am 1. Februar cr. müssen die kolossal. Vorräthe geräumt sein. Sophatopp. 5, 6 und 8, sonst 20 M. Salontoppiche 12, 16 und 20, sonst 54 M.! Ganz große Saal- u. Zimmertepp., die das ganze Zimmer decken a 32, 45 u. 54, sonst 80-200 Mark! Füllgardinen a Fenster 8 1/2 u. 5, sonst 18 M. Tischbed., Säuser, Steppdecken etc. sehr billig.
Emil Joseph, Leipzigerstraße 33.
Aufträge streng reell.

Wöbel, Invalidenstraße 38, I.

Sopha 20 M., Kleiderschrank 40, Tisch 9, Stuhl 4, Spiegel 10, Bettstelle 15 M.

Wöbel, Spiegel und

eigener Gr. Bager, bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof parterre. Teilzahlung nach Uebereinkunft.

Das Rechts-Bureau

[32 J eines königl. preuss. Amtsrichters a. D., **Alte Jakobstraße 102, II,** ertheilt Rath u. Hilfe in allen Angelegenheiten. Für Unbemitt. unentgeltlich.

Ich nehme die beleidigenden Neuheiten,

welche ich gegen Herrn Bogt-herr gebraucht habe, hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ebeemann. 167 J
Adolph Thal.

Das gr. Lager Berlins

Sinderwagen. Andreasstr. 23, S. P.

Billig! Billig!

Schweinefleisch Pfund 55 Pfg. Madaistr. 12 (Schlef. Bahnhof). [106 J

Dr. Hoesch, homöopath. U. A.

Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Achtung, Puker!

Ausserord. General-Mitgliederversammlung des **Fachvereins der Putzer**

am **Sonntag, den 25. Januar 1891, Vormittags 11 Uhr,** in den **Süngerfäden, Presdenersstraße 96.**

Tagesordnung:
1. Vortrag über das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz.
2. Wir stellen sich die Mitglieder zur Auflösung des **Fachvereins!**
3. Verschiedenes.

Ehrensache und Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Tischler-Verein.

Sonabend, den 24. Januar, Abends 9 Uhr, **Kottbuserstraße 4a: General-Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Kassen- und Jahresbericht pro 1890. 2. Bericht über die Bibliothek und Wahl eines Bibliothekars. 3. Entschädigung für den Vorstand. 4. Bestimmung der Infections-Organen. 5. Bericht vom Weihnachtsvergügen und Erledigung zweier Unterstützungsgesuche.
Für Mitglieder haben Zutritt.

Am Sonntag, den 14. Februar: **Großer Wiener Maskenball** im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

jämmtlicher Eisen- und Metalldreher Berlins und Umgegend am **Sonntag, den 25. Januar, Vorm. 10 Uhr,** in **„Deigmüller's Salon“, Alte Jakob-Strasse No. 48 a.**

Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegierten vom Provinzialtag der Metallarbeiter Brandenburgs und Pommerns. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. Da die Tagesordnung eine so wichtige ist, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.

Große öffentliche Volksversammlung

für **Friedenau, Steglitz und Umgegend** am **Sonntag, den 25. Januar, Mittags 12 Uhr, im Kurhaufe zu Friedenau.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Zweck der Arbeiter-Bildungsvereine. 2. Diskussion.
3. Wie stellen wir uns zum Beitritt des Arbeiter-Bildungsvereins für Schönberg? 4. Wahl eines Vertrauensmannes. 5. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Genossen!

Sonntag, den 25. Januar: Erstes Stiftungsfest des Vereins der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Rixdorf und Umgegend in der „Neuen Welt“ (Hafenhalde), bestehend aus **Konert, Theater** sowie anderen **Vorträgen**, unter Mitwirkung des **Musikvereins „Rustfreunde“**, **Rixdorf**, des **Gesangsvereins „Grüne Eiche“**, **Rixdorf** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), des **Theatervereins „Eilertanten“**, **Bühne**, der **Federick-Truppe (Wonnahäuser)** sowie anderer Spezialitäten. Um **7 Uhr: Feste**, gehalten von **Genossen Wilhelm Liebknecht**. Entrée **20 Pf.**, **Herren**, die am Tanz teilnehmen, zahlen **30 Pf.** nach. Anfang **4 Uhr.**

Billets sind an folgenden Stellen zu haben: **Gottfried Schulz**, Admiralsstraße 40; **Otto Klein**, Kottbuser Damm 14; **Otto Kräfer**, Wasserfrontstr. 21; **Freis Jubel**, Naunynstr. 86; **Richard Nimetschel**, Stalinerstr. 18; **Schwarzkopf**, Stalinerstr. 11; **Schönemann**, Stalinerstr. 7; **Otto Heindorf**, Langestr. 70; **Tempel**, Breslauerstr. 27; **Steuer**, Weinkr. 22; **Denke**, Blumenstr. 38; **Haugl**, Voedstr. 12 (Restaurant zum rothen Meer), sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen.

Da der Ueberschuss für die Gewerkschafts-Kommission in Hamburg bestimmt ist, bittet um rege Betheiligung **Der Vorstand.**

Verband der Bergolder, Goldleihen-Arbeiter u. Berufs-genossen.

Erstes Stiftungsfest, verbunden mit **Vorstellung und Ball,** am **Sonntag, den 25. Januar,** in **„Joel's Gesellschaftssälen“, Andreasstraße 21.**

Feste, gehalten vom Kollegen **Ewald Brandenburg.** Alle Freunde und Gönner des Verbandes sind herzlich eingeladen. Billets à 50 Pf. für Herren inkl. Tanz, Damen 30 Pf., sind bei **W. Sprengel**, Friedrichsriederstr. 30, 4 Tr.; **M. Jung**, Dragonerstr. 24, Hof 1 Tr.; **K. Rolke**, Radesdorferstr. 23, 4 Tr., und in den Zahlstellen zu haben. **Das Komitee.**

Sonabend, den 24. Januar, in **Schwarz Müller's Salon, Kolbergerstraße 23:**

Grosser Wiener Maskenball

des **Fachvereins der Lederfärber und Berufs-genossen.** Billets (Herren 75 Pf., Damen 30 Pf.) sind bei den Mitgliedern und in den mit Plakaten versehenen Lokalen zu haben. Der Ueberschuss wird zu Unterstüzungen verwendet.

Sonabend, den 24. Januar, in **Schwarz Müller's Salon, Kolbergerstraße 23:**

Grosser Wiener Maskenball

des **Fachvereins der Lederfärber und Berufs-genossen.** Billets (Herren 75 Pf., Damen 30 Pf.) sind bei den Mitgliedern und in den mit Plakaten versehenen Lokalen zu haben. Der Ueberschuss wird zu Unterstüzungen verwendet.

Sonabend, den 24. Januar, in **Schwarz Müller's Salon, Kolbergerstraße 23:**

Sonabend, den 24. Januar, in **Schwarz Müller's Salon, Kolbergerstraße 23:**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Böttcher, von Rathahn.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt, und zwar beim Etat des Reichsamts des Innern.

Beim Kapitel Reichs-Gesundheitsamt beantragt Abg. Barth: Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, die Aufhebung der Verordnung vom 6. März 1888, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs, zu veranlassen.

Abg. Gammacher (natl.) fragt, wie es mit der vielfach gewünschten Prüfungsordnung für Nahrungsmittel-Chemiker stehe; die Frage sei von dem früheren Abg. Engler bereits vor mehreren Jahren angeregt worden.

Staatssekretär v. Böttcher: Die Prüfungsordnung ist entworfen im Reichsamt des Innern und sämtlichen Bundesregierungen zugestellt worden. Die meisten haben sich zustimmend geäußert; einige haben Bedenken geltend gemacht, die jetzt erörtert werden. Es ist zu hoffen, daß die Erörterung ein positives Ergebnis haben wird.

Abg. Münch (Dr.) weist darauf hin, daß nach landwirtschaftlichen Fachblättern die Viehwagen der Eisenbahnen nur sehr mangelhaft desinfiziert werden, wodurch die Verschleppung der Seuchen erleichtert werde. Es sei vorgeschlagen, in jedem Orte ebenso wie einen Fleischbeschauer auch einen Viehbeschauer anzustellen, dem jedes Stück Vieh vorgestellt werden müßte, welches nach einer anderen Gemeinde und namentlich zur Bahn befördert werden soll.

Staatssekretär v. Böttcher: Ueber die Desinfektion der Viehwagen bestehen strenge Vorschriften, deren Ausführung auch genug kontrollirt wird. Wenn irgendwo eine Nachlässigkeit sich bemerkbar machen sollte, würde eine Anzeige erwünscht sein, damit man die Sache auf den Grund gehen könne. Die Anstellung von Viehbeschauern würde wohl auf Schwierigkeiten stoßen, weil zur Erkennung von Seuchen schon eine thierärztliche Vorbildung gehört.

Abg. Thomsen (Dr.) bedauert, daß durch die deutsche Seuchengesetzgebung Schleswig-Holstein von dem englischen Markte ausgeschlossen sei. Redner bittet, dahin zu wirken, daß die Seuchengesetzgebung verbessert werde.

Staatssekretär v. Böttcher: Schleswig-Holstein hat allerdings den englischen Markt verloren; aber es hat sich andere Abgabeweise eröffnet und auf diesen erheblich bessere Preise erzielt als auf dem englischen Markte. Ob eine Aenderung der Seuchengesetzgebung notwendig ist, kann ich nicht übersehen.

Abg. Thomsen bleibt dabei, daß unsere Seuchengesetzgebung einer Ergänzung bedürfe.

Abg. v. Kardorff schließt sich diesen Ausführungen an, weil ohne eine Verschärfung der Seuchengesetzgebung der Viehstand Deutschlands so gefährdet werden könnte, daß die Versorgung Deutschlands mit Fleisch auch ohne Vieh- und Fleischzölle erheblich vertheuert werden würde.

Abg. Wörfflin fragt an, wie es mit der Regelung der Weinfrage stehe. Die Winzer haben sich bemüht, und sind mit dem Handelsstande in Verbindung getreten, um eine Einigung herbeizuführen.

Staatssekretär v. Böttcher: Der Vorredner sollte einmal versuchen, über diese Frage eine Einigung im Hause herbeizuführen, denn sonst arbeiten die verbündeten Regierungen wieder einmal pro nihilo. Auch ohne Beschluß des Reichstags wird die Regierung die Frage im Auge behalten.

Abg. Bamberger bittet nicht auf die Initiative des Reichstags zu warten; eine Einigung werde viel eher zu Stande kommen, wenn die Regierung eine so kluge Frage selbst zu regeln verusche.

Abg. Lingens weist darauf hin, daß der Kongress für Gesundheitspflege die Anlage von Kirchhöfen für nicht gesundheitsschädlich erklärt habe, daß es daher unangemessen sei, Kirchgemeinden deshalb Beschränkungen aufzuerlegen.

Abg. Barth empfiehlt seinen Antrag und weist darauf hin, daß die Vergleiche in einer Petition darauf hingewiesen haben, wie amerikanischer Speck durch dieses Verbot vertheuert werde. Herr Müllenhoff, welcher ja wohl jetzt im Reichstag sei, würde darüber wohl auch nähere Auskunft geben. Acht Jahre besteht das Verbot, dessen Einführung wir vergeblich bekämpft haben. Nach dem Vereins-Zollgesetz können Einfuhrverbote überhaupt nur zeitweise aus Gesundheitsrücksichten erlassen werden. Es handelt sich hier gerade um ein Nahrungsmittel für die untersten Volksschichten und um einen Artikel, bei welchem es sich lohnt, einen umfangreichen Schmuggel ins Werk zu setzen. Es hat sich hierbei ein illegitimes Geschäft entwickelt, welches nur den ausländischen Händlern Vortheil bringt. Sie werden von den Distributionsstationen eines Amsterdamer Kaufmannes gelesen haben, welcher große Mengen amerikanischen Specks und Schinkens als holländische Waare nach Deutschland eingeführt hat. Wenn man bedenkt, daß dieses amerikanische Fleisch in anderen Ländern und auch in Amerika in großen Mengen verzehrt wird, also durchaus nicht gesundheitsschädlich ist, so liegt in diesem Verbot lediglich eine protektionistische Maßregel, die den Amerikanern deshalb sehr verdrüsslich ist, weil ihre Waare dadurch diskreditirt wird. Die Vereinigten Staaten haben eine ausgedehnte gesundheitspolizeiliche Kontrolle über die Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren, so daß Alles, was nur irgend wie gechehen könnte, gechehen ist. Deshalb sollte das Reich spontan, ehe eine Reklamation erfolgt, das Einfuhrverbot aufheben, zumal auch der Handelsstand für die Aufhebung desselben eintritt. Da in Amerika eine starke Neigung zu Reklamationen herrscht, so würde die Befestigung des Einfuhrverbots auch ein Akt politischer Klugheit sein. Es wird einen guten Eindruck machen, wenn durch eine Erklärung des Reichstages die amerikanischen Schweineprodukte wieder zu Ehren kommen. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Staatssekretär v. Böttcher: Die Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse Deutschlands läßt zur Zeit eine Aufhebung dieses Verbots noch nicht angeht. Der Vorredner bezeichnet die Maßregel als eine protektionistische; dieser Gesichtspunkt ist nach Lage der Dinge nicht der maßgebende gewesen. Man wollte nur Deutschland vor dem Einbruch einer erhöhten Trichinosegefahr bewahren. Die Trichinose ist an verschiedenen Orten Deutschlands durch den Genuß amerikanischen Schweinefleisches verursacht worden. Unter den amerikanischen Schweinen sind 7 v. H. unter deutschen Schweinen nur 0,5 v. H. trichinös; das Einfuhrverbot hatte daher einen sehr guten Grund. (Sehr richtig! rechts.) Seit dem Erlaß des Verbots sind eingehende Untersuchungen über die Befreiung des amerikanischen Schweinebestandes und der Schweineprodukte nicht mehr vorgenommen. Der Gesundheitszustand der Schweine hat sich verbessert, aber eine Gewähr gegen die Einfuhr trichinöser Fleischs giebt es nicht, weil es in Amerika keine obligatorische Trichinenschau giebt (Sehr richtig! links), und die sonstigen Sicherheitsmaßregeln bieten noch keine genügende Sicherheit. Von den übrigen Krankheiten und

von der geradezu horrenden Zubereitung der Fleischwaaren will ich schweigen. Die Schutzmaßregeln, welche das neueste amerikanische Gesetz einführt, sind sehr mangelhaft, weil nur fakultativ; man hat diesen Mangel dort schon erkannt und verlangt die Einführung der obligatorischen Fleischschau. Wir haben die Pflicht, alle Schädlichkeiten vom Auslande von unseren Grenzen abzuhalten. Die wirtschaftlichen Folgen des Einfuhrverbots werden erheblich überschätzt. Die amerikanischen Fleischwaaren sind ja etwas billiger, aber sie machten 1878-80 nur 3 v. H. des gesammten deutschen Konsums aus. Auf alle Zeiten hinaus wollen die verbündeten Regierungen das Verbot nicht aufrecht erhalten.

Abg. Schmidt-Sachsen (Sozialdemokrat) nimmt an, daß Herr v. Frege wie zur Zeit des Erlasses des Verbots über die Zubereitung amerikanischer Fleischwaaren diese Geschichten vorbringen werde; er will sie schon vorher widerlegen durch Wiedergabe einer Schilderung des Schlachtens des Viehes und der Behandlung des Fleisches nach amerikanischen Verichten. Die amerikanischen Behörden seien im weitesten Umfange bemüht, alle Einwände, die man gegen die amerikanischen Fleischwaaren erheben könne, zu beseitigen und eine scharfe gesundheitspolizeiliche Kontrolle herbeizuführen. Das amerikanische Fleisch ist ein Nahrungsmittel der unteren Volksklassen Deutschlands und das Verbot wird deshalb namentlich das Königreich Sachsen sehr schwer empfinden. Freilich behauptet Herr Prof. Wiedemann, daß die Arbeiter in Sachsen viel mehr Fleisch essen, als der Mittelstand, daß von den 500 Millionen Mark, welche in den sächsischen Sparkassen liegen, ein großer Theil von den Arbeitern herkommt. Die Mc Kinley-Bill ist eine Antwort auf dieses Einfuhrverbot. Redner erklärt schließlich, daß die Sozialdemokraten für den Antrag Barth stimmen würden.

Abg. v. Frege (Dr.): Wir theilen voll und ganz den Standpunkt der verbündeten Regierungen, daß wir das Einfuhrverbot gern aufgehoben sehen werden, sobald die Amerikaner für den Gesundheitszustand ihres Viehes die nöthige Sicherheit geboten haben werden. Es handelt sich lediglich um eine gesundheitspolizeiliche Maßregel; der deutsche Progressivismus hat an derselben gar kein Interesse. Man bezeichnet die Maßregel als eine protektionistische und spricht dabei von der Vertheuerung der Lebensmittel. Aber die Schutzzölle haben durchaus nicht den Zweck, hohe Preise hervorzuheben, sondern nur die Preischwankungen zu beschränken. Hat doch der Hamburger Bürgermeister hervorgehoben, daß Hamburgs Wohlstand sich noch Einverleibung in den Zollverein gehoben habe. (Lebhafter Widerspruch.) Ob es angeht, die Mc Kinley-Bill angeht, ist, auf dieses Kompensationsobjekt, welches in dem Einfuhrverbot enthalten ist, zu verzichten, möchte ich bezweifeln. Uebrigens ist der Export amerikanischer Fleischwaaren in den Händen von drei oder vier Großkapitalisten. Für diese verwenden sich die Herren des deutschen Volkes. (Zustimmung links.) Daß es mit der Zubereitung der amerikanischen Fleischwaaren einen Haken hatte, beweist der Umstand, daß die Behörden schließlich es für nöthig gefunden haben, mit drakonischen Maßregeln einzuschreiten, um die Waaren für den Export in den besten Geruch zu setzen. Wenn in diesem Einfuhrverbot ein vertheuert Schutz Zoll liegen soll, dann wird geradezu ein Unfug mit solchen vertheerten Zöllen in England getrieben durch das Verbot der Einfuhr deutscher Waaren. Wir müssen dafür sorgen, daß die Kleinwirthschaft geschützt wird, damit sie nicht beeinträchtigt wird durch die Spekulation von Ausländern, welche mit der Volksernährung gar nichts zu thun hat. Redner verweist dann, auf die Ausführungen Bebel's bei der ersten Lesung des Etats und auf die Rede des Abg. Richter vom vorigen Freitag zu antworten, wird aber durch Zurufe von der linken Seite: „Wir sind jetzt bei den Schweinen“ und durch den Präsidenten v. Levetzow gehindert, auf die Sache weiter einzugehen.

Abg. Broemel (Dr.): Der Vorredner hat behauptet, daß er das Einfuhrverbot nur als eine gesundheitspolizeiliche Maßregel betrachte, aber er hat eine Rede gehalten, als wenn es sich um die Verdoppelung der Fleisch- und Viehzölle handelte. (Sehr richtig! links.) Herr v. Frege hat sich auf den Hamburger Bürgermeister berufen, welcher behauptet, daß Hamburgs Wohlstand in Zollverein zugenommen habe. Aus Bremen wird aber von einem großen Konsumverein festgestellt, daß die Preise sich seit der Einverleibung in den Zollverein um 20-30 v. H. gesteigert haben. (Hört! links.) Das Verbot ist ja mit dem Hinweis auf die Trichinose begründet worden; es wurden damals auch amtliche Fälle angeführt, in welchen Krankheiten infolge des Genußes amerikanischen Fleisches entstanden sind. Aber bald nach Erlaß des Verbots wurde festgestellt, daß in den angeführten Fällen die Krankheiten infolge des Genußes deutschen Schweinefleisches entstanden waren. Die Reichsregierung hat sich um die Verbesserungen, welche in Amerika eingetreten sind, nicht gekümmert, weil das Verbot besteht. Danach sind also alle Dinge schlecht und gesundheits-schädlich, um welche sich die Regierung nicht kümmert. In England, welches sich trotz des Festhaltens am Freihandel in den letzten Jahren in steigender Prosperität befindet, hat der standard of life der Arbeiter sich verbessert; der Fleischgenuß ist gestiegen, während er in Deutschland zurückgegangen ist, was kein Wunder ist, denn der amerikanische Speck kostet nur die Hälfte dessen, was deutscher Speck kostet. Man sollte nun meinen, daß die ganze englische Bevölkerung an Trichinose gestorben sei; aber in Deutschland sind mehr Todesfälle an Trichinose vorgekommen als in England. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß durch solche Debatten die Geschäfte der Sozialdemokraten gefährdet werden. Besseres könnte allerdings für die Sozialdemokraten nicht geschehen, als daß man ihr allein den Kampf gegen die Interessentpolitik überlasse. Gerade die bürgerlichen Parteien müssen dieser Interessentpolitik ebenfalls widerstreben. Die Interpretation des Wortes „zeitgemäß“ entspricht ganz der Puttkamer'schen Auslegung des Wortes „fort“. Diese Erfahrung wird das deutsche Volk hoffentlich belehren, der Regierung nicht mehr solche allgemeine Vollmacht unbegrenzt zu gewähren. Was sollen die Amerikaner denn eigentlich machen, um uns die notwendige Sicherheit zu bieten? Sie haben ja eigentlich gar keinen Anlaß dazu, daß für den Export bestimmte Fleisch zu untersuchen, weil man ihnen die Waare überall abnimmt; sie haben also mit der Einführung der fakultativ-Untersuchung vollständig genug gethan. Ich kann nur bitten, für den Antrag Barth zu stimmen, damit endlich das unselige System der Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel beseitigt wird. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Böttcher: Der Vorredner kann doch zu der letzten Aeußerung nur gekommen sein, weil er in der Maßregel eine protektionistische sieht; davon ist aber gar keine Rede, es handelt sich nur um eine gesundheitspolizeiliche Maßregel, und ich muß deshalb gegen die letzte Aeußerung protestiren. Die Qualität der amerikanischen Fleischwaaren hat nicht geprüft werden können; aber es giebt doch andere Dinge, aus denen man entnehmen kann, ob die Zustände sich gebessert haben, und da sind bei uns doch auf Grund der Nachrichten amerikanischer Blätter lebhafteste Zweifel entstanden. Es ist in den Mäthen festgestellt, daß erkrankte Thiere geschlachtet und verarbeitet werden. Daß in England keine Erkrankungen eingetreten sind, liegt daran, daß die Engländer rohes Schweinefleisch nicht genießen, während das bei uns sehr gebräuchlich ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn

die Gefahr, zu deren Abwendung das Einfuhrverbot erlassen ist, nicht mehr vorhanden ist, wird das Verbot aufgehoben werden. Die amerikanische Regierung soll nur dieselben Maßregeln anordnen, welche bei uns in dieser Beziehung in Geltung sind.

Abg. Graf Kanitz (Dr.): Das Einfuhrverbot hat sowohl eine hygienische als eine wirtschaftliche Bedeutung, die letztere steht für mich im Vordergrund. Trotz des Verbots amerikanischer Fleischwaaren ist die Einfuhr von Schweinefleisch u. s. w. sehr erheblich gestiegen, und deshalb ist es nicht angebracht, das Verbot jetzt aufzuheben. Die Amerikaner haben die Kunstbutter sehr belastet, ohne Rücksicht auf die Volksernährung zu nehmen. Die Schutzmaßregeln, welche Amerika getroffen hat, haben eine erhebliche Vermehrung des Viehbestandes herbeigeführt, so daß Amerika viel exportfähiger ist als Deutschland. Wir wünschen allen Bevölkerungsklassen billige Lebensmittel; aber wenn von den Bergarbeitern gesprochen ist, so giebt es doch andere Berufsklassen, die noch schlechter stehen. Die Löhne der Bergarbeiter sind um 20 v. H. gestiegen. Die ländlichen Arbeiter stehen sehr viel schlechter da, und das Schwein ist gerade für diese Leute von hoher Bedeutung. Redner berichtet dann über die Herstellung von amerikanischem Schmalz, welchem Baumwollen-Samenöl beigegeben wird; sowie über die Herstellung von Fleischwaaren aus den ekelhaftesten Abfällen. Wenn die Industrie billigere Fleischpreise haben will, dann kann die Landwirtschaft billigere Preise für Industrie-Artikel verlangen. Deshalb muß der Antrag abgelehnt werden.

Gegen 5 Uhr wird die weitere Debatte bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Sterrenhaus.

5. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Herrfurth und Kommissarien. Ohne Debatte erledigte das Haus den Gesetzentwurf betr. die Erhöhung des Höchstbetrages der Hundesteuer in den älteren Theilen der Monarchie.

Bei dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Pensionsgesetzes für unmittelbare Staatsbeamte erklärt Minister Herrfurth, daß die Regierung in Erwägung genommen habe, daß in Gemeindefunktionen stehenden Beamten die Militär-Dienstzeit der Art anzurechnen, daß für dieselbe nicht von der Kommune, sondern aus der Reichskasse Pensionen bezahlt werden sollen.

Der Gesetzentwurf wurde angenommen, ebenso ohne Debatte der Gesetzentwurf betreffend Abänderung einiger Bestimmungen wegen der Wahl der Stadtverordneten.

Schluß nach 3 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorträge.)

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Heden. Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1891-92, und zwar zunächst der Etat der Domänenverwaltung.

Bei den Einnahmen aus den Domänenverwerken führt Abg. Stengel (freil.) aus, daß die Pachtpreise überall zurückgehen, mit Ausnahme der Provinz Sachsen, wo der gute Ackerboden die Landwirtschaft noch lohnend mache infolge der Prämien. Wenn die neue Zuckersteuer die Prämien bestimme, so würde auch dort der Ertrag zurückgehen und die Pachtpreise sinken. Die Pächter aber, die im Vertrauen auf die jetzige Zuckersteuer-Gesetzgebung gepachtet haben, würden dadurch sehr erheblich geschädigt werden; hoffentlich wird die Regierung sich ihrer annehmen.

Abg. Nicker (Dr.): Ueber die Zuckersteuer können wir hier nicht verhandeln. Wenn sie fertig gestellt sein wird, werden wir sehen, wie sie wirkt und ob die Pächter geschädigt werden. Uebrigens ist es bemerkenswerth, daß die Herren jetzt die Schädigung verhehlen wollen, während Sie z. B. beim Tabakmonopol von solchen Entschädigungen nichts wissen wollten. Aus den Pachtpreisen kann man keine Folgerung für die Prosperität der Landwirtschaft ziehen; es zeigt sich nur, daß die Landwirtschaft wie jedes andere Gewerbe Schwankungen unterworfen ist. Daß die Güter, welche vor 18 Jahren hoch verpachtet wurden, jetzt im Preise zurückgehen, ist doch schließlich kein Wunder. Wenn man einen längeren Zeitraum überblickt, findet man eine stetige Steigerung der Domänenpachten von 20 M. für den Hektar im Jahre 1872, auf 38 M. 1884 und jetzt 41,50 M. Redner empfiehlt die Verjüngung der Domänen, um kleine Grundbesitzer anzuziehen; das würde ein Schritt zur Sozialreform sein, welche die Regierung auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Abg. Zombart (natl.) hält es für bedenklich, daß Deutschland keine Zuckerprämien ausgeben will, während es ringsum von Ländern umgeben ist, welche Prämien gewähren. Er hoffe, daß die Regierung bei den schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen auf diese Frage Rücksicht nehmen werde. Daß die Domänen-Pachtgelder etwas zurückgehen, nachdem sie in den letzten Jahren so hoch getrieben sind, sei selbstverständlich; dieser Niedergang würde sich noch eine ganze Reihe von Jahren zeigen. Redner hofft auch auf eine Wiederaufnahme der Domänen-Verjüngung, namentlich in der Form der Rentenlöhner, von welcher ja nach der Erklärung des Ministers von Lucius die Regierung allein Gebrauch machen wird. Die Regierung werde hoffentlich das im Bezirke der Anstiedlungskommission angewendete Verfahren, 90 v. H. der Rente abzugeben zu machen, auch in den anderen Provinzen anzuwenden. Bei der Verjüngung müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß nicht bloß kleine Landwirthe, sondern auch Bauern angezogen werden.

Landwirtschaftsminister v. Heyden: Auf die Zuckersteuer kann ich heute nicht eingehen. Denjenigen Pächtern, welche unverschuldet in Verlegenheit gerathen, werde ich ebenso, wie mein Amtsvorgänger, nach Möglichkeit entgegenkommen. Die Domänen-Verpachtungen werden allgemein als ein Barometer betrachtet für den Druck, der auf die Landwirtschaft lastet; die Pachtpreise sind auch im vorigen Jahre zurückgegangen. Ich halte es für nicht rathsam, übereilt den Staats-Grundbesitz zu veräußern (Sehr richtig! rechts); aber der bürgerliche Grundbesitz muß in jeder Weise gehalten und gestärkt werden. (Beifall rechts) zumal er in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Zur Ausführung des Rentenlöhner-Gesetzes sind die einleitenden Schritte geschehen; es stehen aber noch nicht viele Rentenlöhner in Frage. Die Vertragsbedingungen der Anstiedlungskommission sollen dabei zu Grunde gelegt werden. (Beifall.) Die Kolonisation kann überhaupt nur langsam gefördert werden, da früher sehr unangenehme Erfahrungen damit gemacht worden sind. Man kann nicht ein gros neue Gemeinden aus dem Kermel schütten. (Sehr richtig! rechts.) Aber wir werden auf die Erhaltung des Bauernstandes unsere Aufmerksamkeit richten.

Abg. Humann (G.) tritt für die Aufrechterhaltung der bestehenden landwirtschaftlichen Zölle ein, die in ihrem größten Theile nach

wie vor von dem Auslande getragen würden. Durch die jetzt schon bedeutende Auswanderung der ländlichen Arbeiter nach den Städten würden die ländlichen Gemeinden langsam und sicher verarmen. Trotz der denkbar günstigsten Bestimmungen gegen die deutschen Stammesbrüder in Oesterreich würde unsere Bevölkerung es doch sehr schmerzhaft empfinden, wenn die Landwirtschaft, das Nebenbrot unserer Staatsverwaltung, in dem Handelsvertrage mit Oesterreich Opfer bringen müßte. Die hohen Fleischpreise seien namentlich durch die schlechten Futterernten verursacht worden. Gegen die Behauptung, daß die Bauern keinen Vortheil von den landwirtschaftlichen Zöllen hätten, müßten seine Freunde energisch protestieren, und wenn Herr Seibel und Genossen heute ihre Agitation nach Westfalen tragen würden, könnten sie schlechte Erfahrungen machen. An dem bestehenden Wirtschaftssystem rütteln zu wollen, wäre sehr unklug, denn damit würde man nur den Bestrebungen der Sozialdemokratie Vorschub leisten.

Abg. v. Gessa (L.): Daß meine Freunde sich die Erhaltung des Bauernstandes angetan sein lassen, zeigt der im Reichstag von ihnen eingebrachte Entwurf betreffend die Heimstätten-Befreiung. Nur darin kann ich dem Abg. Sombart nicht zustimmen, daß die meisten Rittergüter parzelliert werden sollten, um neue Bauernstellen zu schaffen. Dagegen verdient die sorgfältige Ausschlichtung der Güter, der notorische Grundstücksucher die volle Aufmerksamkeit der Staatsregierung. Der in den letzten Jahren begonnene Sanierungsprozeß der Landwirtschaft, den man unndinglicher Weise schon durch das Zuckersteuer-Gesetz führen wollte, würde durch eine Kenderung der bestehenden Wirtschaftspolitik vollends in sein Gegenteil verkehrt werden. Es werden noch immer im gesammten Staatsgebiet unendlich mehr Hypotheken eingetragen als gelöscht und die Lasten für die neuere Sozialpolitik, die allein auf meinem Gute 500 M. jährlich betragen, erhöhen sich immer mehr. Der Notstand unter der wesentlich konsumierenden Bevölkerung existiert nur in den Spalten der freimüthigen hauptstädtischen Presse. Der Einführung des Zolltarifs, als wir uns in der Kera des Freihandels befanden, haben die Freihändler sich sehr wohl gethätet, für die Interessen der Volksernährung so lebhaft einzutreten, obgleich Koggen- und Fleischpreise damals wesentlich theurer waren. Die Aufhebung der Viehsperre würde unsere gesammten Viehbestände gefährden, in Rußland ist seit Jahrzehnten die Rinderpest nicht erloschen und die Schweinepest herrscht gleichfalls in unseren Grenzländern. Gegen den Beschluß des Bundesökonomie-Kolloquiums die Zölle herabzumindern, hat Professor Schmolzer nur deshalb gestimmt, weil er unsere Zollgrenzen hinausgerückt wissen wollte durch eine Zollunion mit Oesterreich. Ich hoffe, die Regierung wird bei dem Abschluß des Handelsvertrages die Interessen der Landwirtschaft ebenso wie die der Industrie wahrnehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Zeer (ntl.) wünscht ein größeres Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Domänenpächtern, die nur mit Rücksicht auf die bestehende Zuckersteuer den bisherigen theilweise sehr hohen Pachtzins bezahlen.

Landwirtschaftsminister v. Seyden: Die Regierung sei sich der hohen Verantwortung wohl bewußt, die sich mit der theilweisen Oeffnung der Grenzen auf sich genommen habe. Ohne diese Maßregel wären aber heute vielleicht die Fleischpreise noch höher. Die Verluste anderer Länder infolge der Viehsperre größer als die unsrigen. Es würde aber nach wie vor die Regierung die größte Vorsicht bei der Erleichterung des Grenzverkehrs beobachten lassen.

Abg. Schult-Lupitz (L.): Die Domänen sind ein Kulturmittel unserer Landwirtschaft und kein Minister wird sich in Preußen dazu hergeben, diesen Träger der landwirtschaftlichen Kultur preiszugeben. Die Erhaltung unseres Bauernstandes müssen durch andere Mittel als durch die Parzellierung der Domänen bewirkt werden und in dieser Beziehung hätten sich die bestehenden landwirtschaftlichen Zölle sehr heilsam bewiesen.

Abg. v. Below-Saleske (L.) Die Kenderungen des Zuckersteuer-Gesetzes würden sich sehr schärfen bei unseren Domänen rächen. Die französische Zuckerindustrie sei durch das Konsumsteuer-System fast vollständig ruiniert, trotzdem wolle man bei uns den Versuch damit machen. Die geringe Erhöhung der Lebensmittelpreise sei nicht durch die Zölle von 1887, die noch gar nicht gewirkt hätten, sondern durch den gesteigerten Konsum des Volkes überhaupt zu erklären. Eine Auffassung des kleinen Grundbesitzes, besonders der Bauernhöfe, durch den Großgrundbesitz findet nirgends statt.

Abg. Nicker: Die ewigen Jeremiaden der Herren der Rechten schädigen im Grunde nur die Landwirtschaft und ruinieren ihren Kredit. Bei dem Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten, der immer stehen bleiben werde, kommt es heute wesentlich darauf an, wer die Macht hat, sagte Abgeordneter Humann, und das ist ganz unsere Meinung. Das Interesse des Staates aber, d. h. das Interesse der Konsumenten, fordere jetzt dringend eine Herabsetzung der Zölle. Die Kera des Freihandels haben Sie unter der Führung des großen Kanzlers getragen. Sie haben dann allerdings auch die rasche Schwelung Bismarck's mitgemacht. Wir wenden uns nur gegen eine künstliche Vertheuerung der Lebensmittel, und von dieser haben wir uns in der Zeit des Freihandels frei gehalten. Das Sie sich so für die Erhaltung der bestehenden Zölle jetzt ins Zeug werfen, zeigt mir aber doch, daß Sie bereits Morgenluft wittern. Mögen Sie auch noch so fest Thüren und Fenster schließen, es kommt doch ein neuer Tag.

Abg. Schult-Lupitz betont nochmals, daß er heute streng an den bestehenden Zöllen festhalten müsse, die man sehr bald als ein dauerndes Mittel, Landwirtschaft und Industrie zur Blüthe zu bringen, erkennen würde.

Abg. Pies (Zentrum): Daß die Frage, ob billigeres oder theureres Brot, eine untergeordnete Rolle spielt, zeigen unsere Auswanderer, die nur danach fragen, ob der Verdienst in dem neuen Lande ein größerer ist. Der Bauer hat heute nicht mehr die Mittel wie früher, und deshalb wandern seine Kinder in das Ausland oder in die Fabrikstädte. Deshalb darf man an unseren landwirtschaftlichen Zöllen nicht im Mindesten rütteln.

Abg. Humann: Nur die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands, nicht der zufällige Umstand, daß wir die Majorität haben, ist die Ursache der bestehenden Zölle. Man würde auch nicht an ihnen rütteln dürfen, wenn wir nicht die „Macht“ in Händen hätten.

Abg. Nereubt (L.) leugnet, daß ein Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten bestehe. Die Rückkehr zum Schutzzoll-System ist in erster Linie vom großen Bismarck ausgegangen, sondern aus landwirtschaftlichen Kreisen, denen sich Herr Bismarck schließlich in seinen Ansichten anschloß. Die Verhältnisse des Weltverkehrs, die Entwicklung der Geldverhältnisse, besonders die Valutadifferenz (Wechselkurs) haben heute den wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Getreidepreise. Nicht die Thatsache, daß unsere Preise heute etwas höher sind, ist Herrn Nicker und seinen Freunden wesentlich, sondern die Anwendung, die von der Thatsache in den Kreisen der Bevölkerung gemacht wird. In der Rheinprovinz des Abg. Nicker, auch abseits der landwirtschaftlichen Kreise, sieht man einer Minderung der Zölle nicht ruhig entgegen. Daraus schließt man sehr für seinen russischen Opa bei einer Zollerniedrigung gegen Oesterreich hin. In einem Augenblick, wo die Sozialdemokratie auf das Land geht, hätte die Regierung Benutzungen, wie sie durch die Handelsvertrags-Verhandlungen, durch die Zuckersteuer, durch die Sperrvorlagen erzeugt werden, fernhalten sollen.

Nachdem noch die Abg. von Below-Saleske und von Gessa, der sich zur Begründung solcher Behauptungen dem Abg. Nicker gegenüber namentlich auch auf den Bericht der Dortmund Handelskammer stütze; erwidert, und Abg. Zeelig erklärt hatte, daß seine Freunde den Kampf gegen ungerechtfertigt

Schutzzölle weiterführen würden, werden die Einnahmen der Domänenverwaltung genehmigt.

Bei den Ausgaben der Domänenverwaltung und zwar bei dem Titel „Zur Unterhaltung und zum Neubau der Domänengebäude“ wünscht Abg. Pottichius, daß das zur Domänenverwaltung gehörige Kloster Oberbach mit seinen architektonisch merkwürdigen Gebäuden für sorgfältiger erhalten werden würde.

Regierungsseitig wird erwidert, daß Verhandlungen über einen Ausbau des Klosters beständen, die wahrscheinlich zu einem erfolgreichen Ziel führen würden.

Die Ausgaben werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Forstverwaltung regt Abg. Olfen an, daß die Regierung die vielen kleinen Forstparzellen der Gemeinden in der Rheinprovinz, die mit staatlichen Forsten im Gemenge liegen, in ihre Verwaltung übernehmen möchte. Auch die Stellung der betreffenden Forstbeamten könne unter diesen Umständen eine bessere werden.

Der Regierungskommissar sagt zu, daß die Regierung einen dahingehenden Antrag des Provinzial-Landtages mit Wohlwollen entgegennehmen würde, denn es lasse sich nicht verkennen, daß die betreffenden Forstparzellen in der Rheinprovinz zu Unzulänglichkeiten geführt hätten.

Abg. Melbeck befürwortete gleichfalls eine Kenderung in den bisherigen Zuständen der Gemeindeforsten in der Rheinprovinz.

Abg. Graf Matschen regte eine Aufbesserung der Gehälter der Forstklassen-Rendanten an.

Minister von Seyden sagte eine wohlwollende Erwägung der Regierung zu. Allerdings aber könnten die Forstklassen-Rendanten nicht aus dem Rahmen der anderen Forstbeamten heraustreten.

Abg. Conrad wünscht eine bessere Remuneration der Forstausseher und der Forst-Hilfsausseher, die mit ihrem oft gefährlichen Berufe nicht im Einklang standen.

Minister von Seyden: Nicht in allen Bezirken sind die Verhältnisse der Forstausseher ungünstige, obgleich der Anbruch zu der Laufbahn durch die Aussicht auf die spätere Anstellung ein großer ist.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei den Ausgaben zu forstwissenschaftlichen und Lehrzwecken bemerkt

Abg. Zeelig, bei den Forstakademien zu Eberswalde und Müden seien die Gehälter übertragbar, so daß man in Wahrheit nicht übersehen kann, wie viel für die eine und für die andere Anhalt aufgewendet ist. Die Direktorenstellen in der Akademie in Müden, die sich leider nicht in dem wünschenswerthen Maße zu entwickeln scheint, können ebenso besoldet werden, wie die zu Eberswalde.

Minister v. Seyden: Von der Uebertragbarkeit der beiden Stellen ist in den letzten Jahren kein Gebrauch gemacht worden. Die Akademie von Eberswalde ist eine ältere und besuchtere Anstalt als die von Müden und diese Umstände drücken sich auch in den Gehaltsverhältnissen der Direktoren aus.

Die Ausgaben werden bewilligt, desgleichen ohne Debatte der Rest des Etats der Forstverwaltung.

Schluß 1/5 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Sperrgelder-Vorlage.)

Kommunales.

Stadtvorordnen-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Januar.

Der Vorsitzende, Stadtv. Dr. Straß, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Am 3. Februar wird der Bezirksausschuß über den Protest gegen die Wahl des Oberlehrers Müller zum Stadtvorordneten verhandelt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Wahlen in die Deputationen vorgenommen.

Einige unwesentliche Vorlagen werden erledigt, dann kommt zur Beratung der vom Magistrat in einigen Punkten abgeänderte Beschluß der gemischten Deputation betr. die Vergütung des hiesigen Anschlagwesens. Der Beschluß geht dahin, von der Ertheilung des Zuschusses auf Grund des erfolgten Ausschreibens überhaupt abzusehen, die durch Stadtvorordneten-Beschluß genehmigten Bedingungen in einigen Punkten abzuändern und alsdann ein neues Ausschreiben zu erlassen. Von den vorgeschlagenen Bedingungen hebt vor hervor, daß der Besch einer eigenen Druckerei vor genügendem Umfange als Erforderniß des Bietens aufgestellt wird. Dann wird als erforderlich erachtet, daß an einem bestimmten Minimalgebot festgehalten werde, und zwar ein Minimalbetrag der Pacht von 200 000 M.

Stadtv. Vogtherr erklärt sich Namens seiner Genossinnen gegen den Antrag des Magistrats. Erreichlich sei es, daß ein Theil der Gründe, die von den sozialdemokratischen Stadtvorordneten gegen die Bedingungen geltend gemacht wurden, namentlich auch von Mitgliedern der Majorität getheilt würden. Redner bespricht im Weiteren die Einzelheiten des weiter unten mitgetheilten Antrages Meyer I.; mit einem Theil derselben ist er einverstanden. Unter der Firma Meyer I. u. Co. würden diese Anträge wohl angenommen werden, die unter sozialdemokratischer Firma kein Glück gehabt hätten.

Stadtv. Meyer I. beantragt:

1. von der im § 12 der veröffentlichten Bedingungen geforderten prozentualen Abgabe von der Brutto-Einnahme Abstand zu nehmen — und statt dieser Abgabe eine jährliche Pauschalsumme im Mindestbetrage von 200 000 M. zu fordern;
2. für Plakate anderen Formats als diejenigen, für welche im § 11 der Bedingungen ein Höchstbetrag festgesetzt ist, den Marktpreis zu bestimmen;
3. die zu bestellende Kavitation (§ 15 der Bedingungen) auf 50 000 M. zu erhöhen;
4. in § 9 der Bedingungen, letzter Absatz, hinzuzufügen: Uebergroße Plakate müssen zurückgewiesen werden, soweit dadurch die Plakate normalmäßiger Größe zurückgestellt werden müßten.

— Angleiches sind Plakate, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt, zurückzuweisen.

Stadtrath Vogt vertheidigt die Magistratsanträge.

Stadtv. Singer hebt hervor, daß über die Art, wie das Anschlagwesen betrieben werden solle, in den nachstehenden Kreisen keine bestimmte Meinung vorhanden sei; das bewiesen diese Verhandlungen. Die Differenz zwischen dem Stadtv. Meyer I. und dem Magistrat sei ein reiner Beweis dafür, daß auch in den Kreisen der Majorität die Meinung anzudämmern beginnt, daß auf dem Gebiete des Gewerbetreibens der Stadt ein gesunder kommunal-sozialistischer Plan greifen müsse. Der Standpunkt, dem Privatunternehmer Bedingungen aufzuerlegen, die ihn zwingen, seine Kunden in unerhörter Weise zu überlasten, sei inakzeptabel und der Stadt unwürdig. Das Beste wäre, die Stadt würde alle im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt notwendigen öffentlichen Betriebe in eigene Regie übernehmen. Dazu sei aber zunächst keine Aussicht. Redner sieht in den Meyer'schen Anträgen, die er im Einzelnen bespricht, erhebliche Verbesserungen der Magistratsvorlage. Darin habe Stadtv. Meyer besonders recht, daß, wenn man einer Privatgesellschaft ein Monopol verleihe, Vorkehrungen getroffen werden müßten zum Schutze des Publikums vor der Ausbeutung durch den Monopolisten. Nur der Beschluß der Meyer'schen Anträge sei unzureichend. Plakate, deren Inhalt gegen die Gesetze verstöße, würden von den Unternehmern überhaupt nicht gedruckt. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hätte die bisherige Unternehmerrama in der

allerkirgerosesten Weise Plakate zurückgewiesen, bei denen auch nur ein Schatten von Verdacht vorhanden gewesen sei, daß sie die Polizei nicht ganz recht wären. Die Forderung, daß der Unternehmer eine eigene Druckerei besitze, sei unabweislich. Redner erklärt zum Schluß, gegen die Magistratsvorlage aus Prinzip, dagegen für diejenigen Theile des Meyer'schen Antrages zu stimmen, mit denen er einverstanden sei.

Bei der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge des Stadtv. Meyer I. und der so veränderte Magistratsantrag angenommen. Es wird noch ausdrücklich beschlossen, daß der Zuschlag durch Kommunalbeschluß erfolgen soll.

Die Aufstellung einer Wüste Schlemmanns im Rathaus wird nach den Vorschlägen des Ausschusses beschlossen.

Es folgt die Berichterstattung über eine Petition, betreffend die Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeiter bei der Straßenreinigung, die unverzügliche Inangriffnahme der städtischen Bauten, sobald es die Witterung gestattet, und die Verabreichung warmer Speisen an die Kinder in den Volksschulen.

Diese Petition ist in der letzten Massenversammlung von Arbeitlosen auf dem „Bod“ beschlossen und bei der Versammlung eingewickelt worden.

Stadtv. Meyer I. beantragt sofortige Berichterstattung über diese Petition.

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Stadtv. Haß, erklärt, daß die Petition nicht zur Berathung im Plenum kommen könne, weil der Instanzenzug nicht erschöpft sei. Sie müsse zuerst dem Magistrat vorgelegt werden.

Der Vorsitzende meint, man müsse sich über keine formelle Bedenken hinwegsetzen; die Sache sei dringend. Es wäre ein großer Fehler zu sagen, wir behandeln sie aus einem formellen Grunde nicht.

Stadtv. Meyer I. bestreitet gleichfalls, daß die Interpretation der Geschäftsordnung durch den Stadtv. Haß richtig sei. Auch wenn es nicht richtig sei, würde er gegen die Geschäftsordnung die sofortige Erledigung beantragen. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, daß die Petition besprochen werde. Man dürfe sich da nicht hinter Formalien verschanzten.

Stadtv. Haß erklärt, daß auch kein Berichterstatter des Petitionsausschusses vorhanden sei.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Stadtv. Reichensw bereit sei, Bericht zu erstatten.

Stadtv. Singer glaubt gleichfalls, daß sich dieses letzte Bedenken sehr leicht beseitigen lasse. Dem Vorsitzende brauche nur aufgetragen werden, einen Berichterstatter zu nennen, der noch vor Schluß der Sitzung Bericht erstattet. Die Befreiung der augenblicklich herrschenden, außerordentlichen Noth dürfe nicht auf den Instanzenzug bis zum Sommer vertröschelt werden.

Stadtv. Frenzel: Die Geschäftsordnung sei Gesetz, das nicht aus irgend einem Zweckmäßigkeitsgrunde gebrochen werden dürfe. Wenn ein Stadtvorordneter die Sache für so wichtig halte, brauche er ja nur die in der Petition verlangten Anträge zu stellen.

Stadtv. Meyer II. hebt hervor, daß es sich hier um eine völlig allgemeine Angelegenheit handle, für welche kein Instanzenzug vorgeschrieben sei. In diesem Falle sei es höchst dringend, daß wir uns der Sache annehmen.

Stadtv. Reichensw tritt dieser Ansicht bei.

Stadtv. Ramsiau bestreitet, daß die Wucht der Verhältnisse bereits so groß sei, daß man die Geschäftsordnung zu brechen dürfe. Es sei gar nicht notwendig, den Magistrat besonders anzuschuldigen; es geschehe jetzt schon alles, um den Leidenden zu helfen.

Stadtv. Friedemann bestreitet, daß die Geschäftsordnung gebrochen werden würde. Sie sei nicht ihrer selbst wegen da, sondern um eine vernünftige Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen. Die Verweisung auf den Instanzenzug sei der reine Hohn auf die Petition.

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten beantragen namentliche Abstimmung über den Antrag Meyer I., wenn irgend möglich noch heute Bericht über die Petition zu erstatten. Stadtv. Frenzel hält den Antrag für einen selbständigen Antrag, der gedruckt vorliegen muß und sich 2 Tage vorher in Händen der Mitglieder befinden soll.

Die Versammlung tritt dieser Auffassung nicht bei.

In der namentlichen Abstimmung wird die sofortige Berichterstattung über die Petition mit 72 gegen 25 Stimmen beschlossen. Gegen die sofortige Berathung stimmen die Stadtvorordneten: Bergemann, Dr. Bergmann, Bösch, Brande, Frenzel, Gehrt, Hanke, Haß, Heilborn, Keller, Hermann, Härt, Kleefeld, Kullmann, Dr. Leo, Michelet, Ramsiau, Nicolai, Nöhler, Scheiding, Seeger, Talle, Weiß, Wienstrud, Winkler.

Dr. Schwalle und Virchow enthalten sich der Abstimmung.

Stadtv. Reichensw verliest nunmehr den Wortlaut der auf der Bauerei von den Arbeitlosen angenommenen Resolution, obwohl er glaubt, daß die Sympathien für die Wünsche der Petenten darunter leiden werden. Die Versammlung begleitet die Verlesung mit Unruhe, die sich an einigen Stellen zum Äußersten steigert.

Redner leugnet einen eigentlichen Nothstand, erkennt aber an, daß infolge des harten Winters und der ruhenden Bauthätigkeit eine größere Arbeitslosigkeit als sonst herrsche.

Die Möglichkeit für die Stadt, Arbeit zu gewähren, sei nicht erschöpft. Was die Straßenreinigung betreffe, so sei die Noth, welche durch die Witterung ginge, falsch, wonach sich zu wenig Arbeiter melden. Die Deputation habe 1400—1600 Arbeiter eingestellt. Er empfehle diesen Punkt der Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Was den zweiten Punkt betreffe, schnelle Inangriffnahme der Bauten, so könne auch er dem Magistrat überwiegen werden. Dagegen erklärt sich Redner gegen die Verabreichung von warmen Speisen an Schulkinder. Seit einer Reihe von Jahren bestehe die von Privaten getroffene Einrichtung, daß arme Kinder in der Schule gespeist werden. Es fehle gänzlich an Einrichtungen, um den Wunsch der Petenten zu erfüllen; sie würden enorme Gelder kosten. Ueber diesen Punkt müsse zur Tagesordnung übergegangen werden.

Stadtv. Tugauer beantragt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Tugauer spricht seine Freude darüber aus, daß man den engherzigen Standpunkt der (allerdings sehr schwachen) 7 gegen 6 Stimmen) Majorität des Petitions-Ausschusses aufgegeben habe. Der Vorsitzende habe sich ein Verdienst erworben, daß er die Angelegenheit auf die Tagesordnung gestellt habe. Der Referent, Stadtv. Reichensw, habe den Wortlaut der Petition verlesen, um Stimmung gegen ihren Inhalt zu machen, trotzdem es ganz ungewöhnlich sei. Redner gibt zu, daß der Ton der Petition ein scharfer sei, den er nicht gerührt hätte. In der Petitionskommission habe ein Magistratsmitglied erklärt: man solle sich hüten, vor Deutschland zuzugeben, daß in Berlin ein Nothstand herrsche. (Hört, hört!) Und doch müsse es dem Blödesten klar sein, daß ein großer Nothstand herrsche. Nicht allein durch den harten Winter sei der Nothstand hervorgerufen; das ganze vorige Jahr habe ihn vorbereitet. (Rufe: Streik!) In der Straßenreinigungs-Deputation sei konsultirt worden, daß ein kolossaler Andrang von Arbeitlosen vorhanden sei. In der Petitionskommission habe ein Magistratsmitglied erklärt: „Wir können doch nicht etwa, wie im Jahr 48, vorgeben, wo wir die Rehberge abbarren ließen; sollen wir etwa einen künstlichen Schneefall machen, damit wir den Schnee wegschleppen lassen können? Mit solchen Argumenten habe man die Petition bekämpft. Da sei auch gesagt worden: es herrsche kein Nothstand, denn die Zahl der Sparrassen-Einzahlungen sei größer als die Rückforderungen. Nun, von den Tausenden, die die Petition beschlossen haben, hat wohl kein Einziger ein Sparrassenbuch

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung arbeitsloser Drechsler, welche sehr stark besucht war, tagte am Dienstag Vormittag unter dem Vorsitz des Genossen Hildebrandt; es hielt in derselben der Genosse Frey Jubel einen Vortrag über unsere gegenwärtige Krise und führte darin aus:

Schon in früheren Jahren, bereits 1877, waren wir hier in Berlin gezwungen, Versammlungen arbeitsloser einzuberufen, so fanden damals an einem Sonntag Vormittag fünf solcher Versammlungen in den größten Sälen Berlins statt und es waren dieselben von vielen tausend Arbeitslosen besucht. Auch das vergangene Jahr hat wieder sehr schwer auf dem Arbeiterstand gelastet, es brachte von Neuem eine jener wirtschaftlichen Krisen, welche sich beständig und stets wiederholend wiederholen. Bevor die privatkapitalistische Produktionsweise sich ausgebildet hatte, konnte man die Perioden der größten Arbeitslosigkeit fast gar nicht, wenige Beispiele sind da nur anzuführen, erst mit dem Augenblick, wo Deutschland mit eintrat in die Reihe der für den Weltmarkt produzierenden Länder, erschienen auch die Krisen auf der Welt. Wenn wir die Verhältnisse näher betrachten, dann muß sich uns die Erkenntnis aufdrängen, daß in der heutigen Produktion, gleichsam wie in einem menschlichen Organismus, die Blutartikulation gestört ist, daß es seitens der Gesellschaft die nötige ist, mit dem Sezirmesser einen tiefen Einschnitt in die wunden Stellen zu machen. Als im Jahre 1885 die Arbeiter in den Siemens und Halske'schen Werken bei Dresden ihre schlechten Lohnverhältnisse nicht länger ertragen konnten und daher einige öffentliche Lohnverhörungen verlangten, verweigerte man dies ihnen behördlich, ja man zog sogar, in echter Humanität, billiger arbeitende Leute aus Böhmen herbei, so daß die Arbeiter bald zur Unterwerfung gezwungen waren. Als bald darauf die Fabriken in ein Aktienunternehmen umgewandelt wurden, zeigte es sich, daß der Reingewinn in dem betreffenden Jahre weit über eine Million Mark betragen hatte. Bei dem vorjährigen Gutmacherkreis in Lindenwalde erlebten wir dasselbe: die Fabrikant von Gohn u. Lewin hatte im Jahre 1887 auf jedem Arbeiter einen Ertrag von 185 M. Reingewinn, was aber nicht abhielt, eine Erhöhung der lächerlichen Löhne abzuschlagen. Bei Bielefeld werden täglich 603 M. Reingewinn erzielt. Die Aktien der Aktiengesellschaft Schwarzkopf waren in einer Woche von 352 bis auf 415 gestiegen, aber hiermit noch nicht zufrieden, trieb die Gier der Aktionäre zu einer Verkürzung des Arbeitslohnes um 10 pCt. Es waren beispielsweise das Brauhaus Nürnberg 15 pCt., eine Breslauer 26 pCt., eine Dortmunder Brauerei 18 pCt., die Brauerei Friedrichshöhe gar 45 pCt., Voerde u. Co. 18 pCt., eine Zuteilspinnerei 25 pCt. Diodenden ab. Ebenso ertragsfähig waren die Bergwerke. In Kanada betrug die Gesamtsumme 120 Millionen Dollars, davon erhielten 60 pCt. der Bevölkerung, die Arbeiter 50 Millionen, den Rest von 70 Millionen die übrigen 40 pCt. In den Vereinigten Staaten Amerikas verteilt sich ein Nationalvermögen von 2000 Millionen Dollars so, daß auf 52 pCt. Menschen 900 und auf 48 pCt. 1100 Millionen Dollars entfallen. In England erhielten bis 1875 von 800 Millionen Pfund 23 Millionen Köpfe der Bevölkerung 900 Millionen Pfund und 7 Millionen Köpfe 500 Millionen Pfund Sterling.

Für Deutschland liegen uns keine ausführlichen Statistiken vor, höchstens kann man etwas Material aus den Handelskammerberichten entnehmen. Die Dortmunder Handelskammer gab in ihren Berichten eine Veranschlagung der Einnahmen von 1877 bis 1887 um 290 Millionen Mark zu, hiervon entfielen auf 8 800 000 Menschen 6 Millionen und auf 200 000 Menschen 284 Millionen Mark. Und im Gegensatz zu dieser beständigen Anhäufung von Reichthümern ergibt die Statistik, daß im Jahre 1887 die Armen, diejenigen, welche gar nichts besitzen, sich um 12 pCt. vermehrt hatten, natürlich waren die Reichen, die Ganzreichen um 17 pCt. und die Millionäre um 26 pCt., um 518 Personen, gewachsen.

Uns drängt sich nun die Frage auf, wie am Besten dem wachsenden Elend abgeholfen werden könnte; schon in den letzten Arbeitslosen-Versammlungen wurde es ausgesprochen, daß Resolutionen, auch wenn sie von Hunderttausenden angenommen würden, auf die herrschenden Klassen keinen Eindruck machen würden. Nur dadurch, daß die Arbeitermassen geschlossen aufstreten, können sie einen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese Wandel schaffen. Ferner müssen die Arbeiter dahin trachten, daß ihnen Mittel und Wege gebahnt werden zur Bekämpfung allgemeiner Arbeitslosigkeit. Solchen Nothständen gegenüber müßten Staat und Kommune es als ihre Aufgabe betrachten, zur Milderung etwas beizutragen, statt dessen sehen sie mit verschämten Armen als Zuschauer da. Wir müssen über alle Hemmnisse hinweg in einer starken Arbeiterbewegung unsere Zukunft suchen, denn nur so können wir die Macht in die Hände bekommen und an eine wirkliche Besserung der Verhältnisse durch Ueberführung der gesamten Produktionsmittel und des Grund und Bodens in den Besitz der gesamten Menschheit denken. Und hierzu werden wir erst dann im Stande sein, wenn die Ideen der Sozialdemokratie in der Majorität des Volkes Wurzel gefaßt haben werden. (Beifälliger Beifall.)

In der hierauf folgenden Diskussion sprachen unter Zustimmung der Versammlung die Genossen Menzel und Hildebrandt. Nachdem der Referent nochmals aufgefordert hatte zum Anschluß an die Arbeiterorganisationen, gelangten folgende Resolutionen und Anträge zur einstimmigen Annahme:

1. Die heute tagende Versammlung arbeitsloser Drechsler erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß die heutige privatkapitalistische Produktionsweise Ursache der gegenwärtigen ungeheuren Arbeitslosigkeit ist und erwartet nur von der Umgestaltung der privatkapitalistischen in die genossenschaftliche Produktionsweise, von der Expropriation der Kapitalistenklasse zu Gunsten der ganzen Gesellschaft eine gerechte Verteilung der geschaffenen Güter.

Die Versammlung fordert, daß zunächst durch eine vernünftige Arbeiterbeschäftigung, wie sie von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags beantragt wurde, unter den heutigen Gesellschaftsverhältnissen Erleichterungen für die arbeitende Bevölkerung geschaffen werden. Die Versammlung protestiert ferner energisch gegen jede Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 der Reichsgewerbeordnung.

Die Versammelten verpflichten sich ebenso energisch einzutreten für die weitere Ausdehnung der genossenschaftlichen Organisationen, insbesondere für unsere Gewerkschaft, die Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

2. Die heutige öffentliche Versammlung arbeitsloser Drechsler protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Nachtragsbewilligung von 25 000 Mark zur Ausbesserung der Feststraße beim Eingange des Königs von Italien, sie verlangt, daß die Summe zur Stillung des Hungers der Kinder arbeitsloser Verwandt verwandt wird und überweist diesen Antrag der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausführung.

3. Die heutige Versammlung protestiert gegen den Verkauf des sinnigen Fleisches auf dem Zentral-Birchhof. Die Versammelten verlangen von der Stadtverordneten-Versammlung, daß dem Un-

ternehmer das Recht zum Verkauf des ekelhaften Nahrungsmittels entzogen wird.

Uhrmacher.

Ein Seitenstück zu der letzten Versammlung der Xylographen bildete die Versammlung der Uhrmachergehilfen Berlins und Umgebung, welche, von Herrn Räther einberufen, am 21. d. M. unter Vorsitz des Herrn Guld im Saale bei Gradowitz tagte. Auch hier galt es den Anschluß an die allgemeine moderne Arbeiterbewegung, die Bekämpfung veralteter, kurzfristiger Anschauungen. Von den 500 in Berlin beschäftigten Uhrmachergehilfen machte die Hälfte amnestend teil. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen kurzen Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Zentralverbandes der Uhrmachergehilfen Deutschlands (deren Zahl auf 15 000 geschätzt wird), welcher vor einem halben Jahre in Frankfurt a. M. gegründet worden ist und dessen Haupt-Zentralverein der bereits seit 12 Jahren hier am Ort bestehende Verein Berliner Uhrmachergehilfen ist. Aus dem Berichte ist zu ersehen, daß der Verband 32 Vereine mit etwa 700 Mitgliedern umfaßt. Sodann sprach Herr Räther über die Frage: „Unsere Lage und wie kann dieselbe gebessert werden?“ unter — wie voraus bemerkt sein möge — ihrerseits großer Unruhe der Versammlung. Derselbe bezeichnete die Lage der Gehilfen (wie auch der kleinen selbständigen Uhrmacher) als eine sehr gedrückte in Berlin. Schon seit langer Zeit machten sich Bestrebungen zur Verbesserung dieser Lage geltend, doch sei bisher noch nichts erreicht worden, was wohl als ein Beweis dafür angesehen werden könne, daß die bisher unternommenen Schritte nicht die richtigen gewesen seien. Auch der neu gegründete Verband sei unfähig, eine Besserung der Lage herbeizuführen, da auch er in den alten Fesseln verfallen sei, die äußeren Erscheinungen der herrschenden Nothlage zu bekämpfen, ohne die Grundursachen des Übels zu erkennen und zu beseitigen zu trachten. Die wahren Ursachen der heutigen Nothlage der Gehilfen und Prinzipale beleuchtete Redner in eingehender Weise.

Zur Zeit, da das Handwerk noch einen „goldenen Boden“ hatte, sei der Uhrmacher wirklich Uhrmacher gewesen. Durch die Entwicklung der Maschinenindustrie sei aber eine vollständige Umgestaltung der Produktion veranlaßt worden. Die Theilarbeit wurde eingeführt, die Produkte verbilligt, die Fabrikation begann dem Handel zu weichen. Die Dampfmaschine revolutionierte alles, die menschliche Arbeitskraft wurde entwertet, Tausende von Arbeitern wurden heillos, die sich immer vergrößernde Heeresarmee drückte auf die Löhne (so sind in der Schweiz in den letzten 15 Jahren die Arbeitslöhne um 50 pCt. gesunken) und die Unternehmer reiben sich in den Konkurrenzstämpfen gegenseitig auf. Die kleinen müssen den Großen, die Großen den Großen weichen. Aus den Uhrmachern sind heute Uhrhändler mit Reparaturwerkstätten geworden. Da die Konstruktionen der Uhren immer mehr vereinfacht und vervollkommen werden, so vermindern sich auch die Reparaturen und diese Arbeitsgelegenheiten. Die Uhr ist heute ein allgemeiner Handelsartikel, der nicht mehr beim Uhrmacher, sondern überall, bei Erdöllern, in Bazaren, in Abzahlungsgeschäften u. s. w. zu haben ist und auch gekauft werde. Und diese Geschäfte bezahlen die Reparaturen vielfach noch besser, als die Uhrmacher selber. Durch die Konkurrenz sei das alte Prinzip der Uhrenfabrikanten, nur an Uhrmacher ihre Produkte zu verkaufen, über den Haufen geworfen worden. Jeder will und muß leben und sucht daher abzugeben, wo er nur kann. Bei der fortschreitenden Verbilligung der Uhrenkonstruktionen werden in Zukunft gar keine Uhrmacher mehr nötig sein, um die Uhren in Gang zu bringen; höchstens sollte ihnen dann noch die Aufgabe zu, dieselben zu flicken. Unter diesen Verhältnissen sei es heute ungeheuer schwer, selbständig zu werden und wer nicht über große Mittel verfüge, werde bald in das Proletariat zurückgedrängt. Die Entwicklung der Großindustrie bedinge den Niedergang der Kleinindustrie, denn gegen das Großkapital könne kein Handwerker ankämpfen. Mit der goldenen Zeit des Handwerks sei es für immer vorbei. Statt daß die Maschinen den Arbeitern nützen, verdrängen sie dieselben. Die Arbeitslosigkeit werde immer größer. Durch die veränderte Produktionsweise sei auch die Uhrmacherei völlig umgestaltet worden. Da sei die Frage wohl am Platze, was wollen, was können wir thun, unsere Lage zu verbessern? Es sei zwar eine Organisation gegründet worden, doch seien die Gründer sich über die Ziele derselben noch sehr im Unklaren geblieben. Heute sei es nicht mehr angängig, daß die Gehilfen von den Prinzipalen bevormundet würden, die Gehilfen müßten unabhängig, selbständig werden, sich auf eigene Füße stellen. Ihre Lage müsse in wirtschaftlicher, geistiger und moralischer Beziehung gehoben werden. Daher müsse vor allem Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt werden. Die Uhrmacher seien einer der letzten Berufe, welche diese Forderungen stellen. Die Uhrmacher arbeiten noch 11 Stunden und darüber täglich. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei geboten sowohl im Interesse der Hygiene, als auch, um die Gelegenheit zur Arbeit und zur geistigen Bildung zu vermindern, da von dem Uhrmachergehilfen ein höherer Grad von Intelligenz gefordert werde. Des weiteren müsse eine Erhöhung des Lohnes erstrebt werden. Die jetzigen monatlichen Durchschnittslöhne oder „Gehälter“ seien gänzlich unzulänglich, dieselben betragen 75—80 M. Außer den allgemeinen theuren Lebensverhältnissen kommen noch in Betracht, daß in Bezug auf Handwerkszeug, das die Gehilfen sich selber halten müssen, seitens der Prinzipale übertriebene Anforderungen gestellt werden. So stellen z. B. viele Geschäfte keine Gehilfen ein, die nicht im Besitz eines Triumph-Drehstuhles sind. Die Klagen der Prinzipale über Verschwendung (Redenarbeit) der Gehilfen sei lediglich eine Konsequenz der niedrigen Löhne. Ein weiterer runder Punkt, der energisch bekämpft werden müsse, sei die Sonntagarbeit, welche größtentheils obligatorisch sei. Das erste und größte Unergeschick von Festung in Berlin habe sogar an goldenen Sonntagen (vor Weihnachten) ohne Entschädigung arbeiten lassen, und zwar als Entschädigung dafür, daß die Firma die Krankentassen Beiträge für die Arbeiter zahle! Er (Redner) stelle daher die Forderungen auf: neunständige tägliche Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Beseitigung der Sonntagarbeit, und richte an die Prinzipale die öffentliche Anfrage, wie sie sich zu diesen Forderungen stellen? Von ihrer Antwort werde das Verhalten der Gehilfen abhängen. Wenn die Prinzipale gewillt, den Gehilfen Konzessionen zu machen, so seien diese es auch; wenn nicht, so würden die Gehilfen wissen, was sie zu thun haben. Leider aber sei der Individualismus unter den Uhrmachergehilfen noch sehr groß. Das Pflichtbewußtsein und Solidaritätsgesühl müsse kräftig geweckt werden, dieselben hätten seit zusammenzutreten, dann sei etwas zu erreichen. Allerdings könne auch die beste Organisation nichts dauerndes schaffen, dazu gehöre eine höhere Macht, die Macht der Gesetzgebung. Daher müssen die Gehilfen Einspruch auf diese zu gewinnen suchen. Und dies vermöge und erstrebe einzig die moderne Arbeiterbewegung, daher sei ein Anschluß an dieselbe unbedingt erforderlich. (Beifall.) Die Sozialdemokratie vertritt allein die Interessen der Arbeiter. Sind Sie, so ruft Redner in die erregte Versammlung hinein, etwas Besseres, als Arbeiter? (Ja! Nein!) Freilich, Sie denken sich Räucher! Nun wohl, Ihre ganze Kunst möge darin bestehen, Ihre traurige Lage zu begreifen! (Großer Beifall und Widerspruch.) Es ist unbedingt notwendig, daß die Gehilfen sich stark organisieren, daß alle dem

heiligen Verein, dem Verbands beitreten. Ueber den Weg, der dann einzuschlagen ist, so schloß Redner, können Sie nun nicht mehr im Zweifel sein! (Anhaltender Beifall.) An den Vortrag knüpfte sich eine sehr langwierige Debatte, welche einen lebhaften Austausch gegensätzlicher Meinungen zeitigte. Im Sinne des Vortragenden äußerten sich die Herren Karlowitz, Bordin, u. A., während die Herren Huld, Schüh, Franz u. A. entgegengelegte Meinungen vertraten. Diefelben huldigten der Ansicht, daß ein Unterschied sei zwischen Gewerbetreibenden und Arbeitern, daß die Uhrmachergehilfen in Rücksicht auf ihre Kunst und „höhere Bildung“ nicht mit den „gewöhnlichen“ Arbeitern auf eine Stufe zu stellen seien, daß die Ideen der Sozialdemokratie den Uhrmachern nicht helfen könnten, daß deren Moral durch den Anschluß an die Sozialdemokratie nicht gehoben werde, dieselbe jage unerreichten Zielen nach, daß auf „humanem“ Wege mehr zu erreichen sei, als auf „abstraktem“, daß die Uhrmachergehilfen nicht zeitweilen Arbeiter bleiben könnten, sondern selbständig werden müßten, daß dieselben daher mit den Prinzipalen zusammenhalten müßten, daß sich dieselben dem Niedergange des Kleingewerbes entgegenstemmen müßten, wenngleich sie denselben nicht zu hindern vermöchten, daß der Verband die richtigen Ziele verfolge u. s. w. Das schließliche Ergebnis der Verhandlungen war, nachdem der Referent in seinem Schlussworte alle sozialdemokratischen Gesinnungen aufgefodert hatte, dem Vereine beizutreten, um durch die Macht der Majorität den Verband in ein anderes Fahrwasser zu lenken, die mit überwältigender Stimmenmehrheit erfolgte Annahme nachstehender von Herrn Bordin beantragter Resolution:

„Die am 21. Januar 1891 in Gradowitz's Bierhallen tagende öffentliche Uhrmachergehilfen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Räther, einverstanden; sie erklärt sich solidarisch mit der übrigen Arbeiterbewegung und wünscht den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung.“

Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie trennten sich die Versammelten.

Für Wilmersdorf und Umgebung war auf Dienstag Abend eine Volksversammlung einberufen, in der Reichstags-Abgeordneter Liebknecht über das Thema: „Die Taktik der Sozialdemokratie und die unserer Gegner“ reden sollte. Feinabe 1000 Personen — Männer und Frauen — aus Wilmersdorf und Umgebung hatten sich eingefunden und füllten den großen Saal des „Volksgartens“ vollständig. Reichstags-Abgeordneter Liebknecht war infolge einer starken Erkältung am Erscheinen verhindert und hatte sich brieflich entschuldigt. Er ersuchte in seinem Schreiben jedoch, nachträglich in einer späteren Versammlung den angekündigten Vortrag zu halten. — Das Referat übernahm nunmehr Genosse Pirch-Charlottenburg, nachdem die Genossen Meißner, Pieker und Peters ins Bureau gewählt worden.

Das heutige Thema — so führte Referent aus — sei seit den Tagen des Sozialistengesetzes wohl das populärste, nicht bloß bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Gegnern geworden. — Als jenes Gesetz fiel, kündigten die Gegner den Kampf mit geistigen Mitteln an, den sie nun gegen die von den Fesseln befreite Sozialdemokratie führen würden. Aber wie sehen die geistigen Mittel der Gegner aus? — Betrachten wir zunächst die gegnerische Presse! In oft wenig anständiger Weise suchte sie uns zu verächtlichen, suchte sie die Massen gegen die Führer zu verhetzen. Und wo das nicht mehr nützte, da wendete sie sich gegen die Lehren der Sozialdemokratie und suchte den Leuten klar zu machen, daß ihre Ziele doch nicht verwirklicht werden könnten, daß die Anhänger der Sozialdemokratie Utopisten und Narren seien. — Oder sie fest allenthalben unerschämte Lügen über die Sozialdemokratie in die Welt; sie suchte z. B. die Sozialdemokratie mit den Streikbewegungen zu verquicken, während doch die eigentliche Schuld an den Streiks, die wirklichen Ursachen an ganz anderer Stelle zu suchen sind. Man sehe doch z. B. die Lohnstatistiken an. Die gegnerischen Blätter geben ja zuweilen zu, daß die Lage der Arbeiter nicht überall so ist, wie sie sein sollte; aber den vollen wirklichen Sachverhalt und die wahren Ursachen verschweigen sie; die kommen nur zum Vorschein, wenn die Parteien einander in den Haaren liegen und sich gegenseitig ihre Sünden vorwerfen, wie jetzt das Agrarierthum und das mobile Kapital in der Frage der Streikverhütung. Die Sache der Sozialdemokratie ist es, den wahren Ursachen dieser Zustände nachzugehen und sie aus Licht zu ziehen; das ist die ganze Schuld der Sozialdemokratie dabei. — Uebrigens steht ja heutzutage das ganze Volkleben im engsten Zusammenhang mit der Sozialdemokratie: Die Debatten im Reichstage, in der Stadtverordneten-Versammlung u. s. w. Alles dreht sich um die Sozialdemokratie. — Wie die geistigen Waffen unserer Gegner beschaffen, das sehen wir z. B. an einem Charlottenburger Blatte, das vor einiger Zeit den Wahren den Rath erteilte, gegen die sozialdemokratischen Agitatoren, wenn sie zu ihnen auf's Land kämen, handgreiflich vorzugehen. Wenn ein sozialdemokratisches Blatt dergleichen schrieb, wäre sicher gleich der Staatsanwalt bei der Hand.

Nur Einer habe ja eigentlich versucht, die sozialdemokratischen Lehren zu zerpfücken. Er stellte z. B. die famose Behauptung auf: Die Sozialdemokratie, die offiziell immer die Ideen der Freiheit zu vertreten vorgebe, schreie förmlich nach der Polizei — er folgert dies aus Bebel's Forderung nach einer Verbesserung der Fabrik-Inspektoren-Institution in seinem Buche über die Lage der Bäcker. Man könne sich da vorstellen, wie es mit der Freiheit erst im sozialistischen Staate beschaffen sein werde. — Nun, wir müssen doch die Verhältnisse berücksichtigen, wie sie sind, wir müssen alle Mittel benutzen. Auch der Einwand sei falsch, daß die Wegerechtsprechung des Staates und der Produktion den Einzelnen nur geringen Vortheil bringen, für den größten Theil der Arbeiter aber einen kolossalen Rückschritt bedeuten würde. Die Kleinhandwerker u. s. w. habe man namentlich durch den Hinweis darauf abzuschrecken versucht, daß die Sozialdemokratie die kleinen Handwerker ruinieren wolle. Wenn man aber die elenden Zustände betrachtet, die namentlich in den kleinen Werkstätten herrschen, wenn man bedenkt, welche Unmengen von Material und Arbeitskraft die kleine Industrie heute verschwendet, dann ist es doch ganz logisch, daß man für den Großbetrieb eintritt. Wir wollen die heutige Konkurrenz abschaffen; wir wollen nicht, daß die Arbeitskraft des Einzelnen verkauft wird. Ein jeder soll arbeiten je nach seinen Kräften und ein jeder soll von dem Arbeitsprodukt erhalten, je nach seinem Bedarf. — Wenn es sich um das Wohl von Millionen handelt, dürfen wir nicht auf Tausende Rücksicht nehmen! Man sagt zwar immer, wir glänzten immer nur mit Schlagwörtern. Aber wir haben dreifache Thatfachen, daß das, was wir wollen — Ermittlung des Konsums und Einrichtung der Produktion danach — praktisch ausführbar ist. Der Holzwerkverband, die Juterringe u. s. w. beweisen, daß ein solcher Ueberschlag des Konsums schon in der heutigen Gesellschaft möglich ist, wo noch lange nicht die leichte Uebersicht vorhanden, wie im sozialistischen Staate.

In der Taktik der Sozialdemokratie spielt die Hauptrolle: das Mittel der Aufklärung und gerade hiergegen richtet sich der Kampf der Gegner am meisten. Wer im Dienste der Sozialdemokratie aufklärend thätig ist, den suchen die Gegner mundtot zu machen, den bringen sie aus Lohu und Brot, den hegen sie von Ort zu Ort, den Werkstoff zu Werkstoff, damit er zu Grunde gehe oder